

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Genf: Strichmännchen halbiert.

Seite 8

**Prix
Engagement
2019**



Jeanne d'Arc Dumartheray

Anne-Lise Rielli

Célia Brodard

Mut und Wut kommt gut

Diese Verkäuferinnen stoppten in Nyon VD längere Ladenöffnungszeiten. Und in Lengnau BE brachte eine Verkäuferin den Frauenstreik in den Coop. Seite 2

Bologna bleibt «la rossa»

Die Rechte griff die linke Emilia-Romagna an – und verlor. Die Reportage. Seiten 4–5



Samir: So tickt Iraks Jugend

Der Filmemacher sagt, was den Protest im Irak so spannend macht. Seiten 10–11

Renten- klau im BVG

Was hinter dem rechten Angriff auf den BVG-Kompromiss steckt. Und wie Sie Ihren PK-Ausweis lesen. Seiten 7, 14–15



LADEN DES LÄCHELNS

Coop verstösst regelmässig gegen das Arbeitsgesetz. Und wird nicht gebüsst. Das enthüllte der «Blick», und work zeigt das interne Dokument, das den Skandal belegt (Seite 3). Und auch wenn Coop-Personalchef Luc Pillard nun alles runterspielt («Wir bewegen uns auf tiefem Niveau»), bleibt es doch ein Skandal. Denn work weiss: Bereits 2014 machte Coop in derselben Sache Negativschlagzeilen. Und versprach damals, künftig «Nulltoleranz» walten zu lassen. Offenbar ein leeres

Feudal geht es im Detailhandel zu.

Versprechen. Mehr noch: Solche Verstösse werden wohl noch zunehmen. Nicht nur bei Coop. Denn die Ladenöffnungszeiten im Detailhandel werden immer länger, aber der Personalbestand wächst nicht mit. Unia-Mann Arnaud Bouverat sagt im work-Interview: «Es ist offensichtlich: Die Coop-Verantwortlichen kalkulieren mit zu wenig Personal.»

KALKÜL. Lächeln, lächeln, lächeln, auch wenn Arbeitslast und Zeit drücken. Das verlangen die Chefs von den Verkäuferinnen. Auf der schiefen (Konkurrenz-)Bahn gegen den Onlinehandel gebe es schliesslich keinen Halt. Dann sollen sie halt auch noch die andere Backe hinhalten, wenn die Kundschaft flucht und tobt! Und das tut sie häufig, wie ein neuer Forschungsbericht der Uni Bern belegt (**rebrand.ly/forschungsbericht**). Kein Respekt, kein Anstand, nicht mal ein Gruss, weil Mann und Frau selbst an der Kasse die Soundstösse nicht rausnehmen. Als wären die Verkäuferinnen gar nicht da. Richtig feudal geht es im Detailhandel zu. Die Verkäuferinnen und Verkäufer sind die Untertanen – und der Kunde ist König. Das Kapital der Kaiser, während die Textilarbeiterinnen in Bangladesh die Leibeigenen sind. Und auch mal in den Flammen verbrennen, weil der Fabrikherr nix Brandschutz, weil Preisdruck aus Westen, weil Modeketten-Boss reich mit Billig, weil Kundin Königin. Und sie nur 5 Franken für ein T-Shirt zahlen will. Das sie bei Nichtgefallen in der Umkleidekabine dann einfach in eine Ecke schmeisst. Also lächeln die Verkäuferinnen und räumen auf. Was sollen sie sonst tun?

MUT. Einen 5-Minuten-Streik erfinden, zum Beispiel. Wie Coop-Verkäuferin Susanna Keller (57). Am 14. Juni trug sie den Frauenstreik in ihre Filiale in Lengnau BE hinein – und alle machten mit. Oder das Referendum gegen längere Ladenöffnungszeiten ergreifen. So wie Anne-Lise Rielli (49), Jeanne d'Arc Dumartheray (62), Célia Brodard (25). Sie sind drei von siebzig Verkäuferinnen und Verkäufern, die in Nyon VD eine Abstimmung gewannen (diese Seite). Und jetzt nicht noch länger chrampfen müssen. Das braucht Mut und Glut in einer Branche, in der Frauen sich eher ducken als mucken. Deshalb hat ihnen die Unia jetzt den Prix Engagement verliehen. Chapeau, wir gratulieren!



AUSGEZEICHNET! Jeanne d'Arc Dumartheray, Anne-Lise Rielli und Célia Brodard (von links) vom Kollektiv gegen längere Ladenöffnungszeiten in Nyon mit dem Prix Engagement der Unia. FOTO: MATTHIAS LUGGEN

Prix Engagement 2019

PRIX ENGAGEMENT I

Diese Verkäuferinnen verhinderten längere Ladenöffnungszeiten

70 Verkäuferinnen und Verkäufer wagen in Nyon VD den Aufstand gegen längere Ladenöffnungszeiten – und gewinnen! Für ihren Mut und ihre Ausdauer ehrt die Unia das Kollektiv mit dem Prix Engagement.

CHRISTIAN EGG

«Nein», sagt die Parfümerieverkäuferin Anne-Lise Rielli (49). Am Samstag bis sieben Uhr abends im Laden stehen statt wie bisher bis sechs? Kommt nicht in Frage. Rielli: «Entweder du fügst dich – oder du wehrst dich.» Rielli wehrt sich. Gemeinsam mit ihren Kolleginnen Jeanne d'Arc Dumartheray (62), Célia Brodard (25) und rund 70 weiteren Verkäuferinnen und Verkäufern – mit Erfolg. Deshalb verleiht die Unia dem Kollektiv für seinen Einsatz und seinen Mut den Prix Engagement (siehe Kasten).

Doch der Reihe nach: Im letzten April beschliesst im waadtländischen Städtchen Nyon die rechtsbürgerliche Mehrheit im Gemeindeparlament die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten, auf Betreiben der Ladenvereinigung. Doch die Mitarbeitenden im Detail-

handel organisieren sich und sammeln Unterschriften für ein Referendum. Die Unia unterstützt sie dabei.

SCHWEIGEN? NEIN!

Für viele ist es das erste Mal, dass sie sich in einer Gewerkschaft engagieren. Auch für Célia Brodard. Sie war damals Verkäuferin bei der Modekette Zebra. Sie habe keinen Moment gezögert, sich der Bewegung anzuschliessen: «Wenn

«Wenn wir schweigen, ändert sich nichts.»

VERKÄUFERIN
CÉLIA BRODARD

wir schweigen, ändert sich nichts.» Migros-Verkäuferin Dumartheray gibt zu: Zuerst hatte sie Angst, Kundinnen und Kunden auf das Referendum anzusprechen. «Aber eine Kundin sagte mir: «Akzeptiert das nicht! Das hat mir Mut gemacht.»

Nicht nur an den Kassen sammelt das Kollektiv Unterschriften, sondern auch in der Freizeit. Strategisch überlegen sie, wo es am meisten Unterschriften zu holen gibt. Rasch wird klar: Der Bahnhof ist ungünstig, die Leute haben keine Zeit. Sie gehen von

Tür zu Tür. Auch das koste Überwindung, sagt Brodard. Einmal habe ein Mann nur in Unterhosen die Tür geöffnet. «Aber er hat unterschrieben!» sagt sie und lacht.

Dann schlägt jemand vor, es beim Entsorgungshof zu probieren. Ein Volltreffer. Parfümerieverkäuferin Rielli: «Da hat es immer viele Leute, und sie sind nicht so gestresst.»

FREUDENTRÄNEN

Am Schluss reicht das Komitee 3554 Unterschriften ein gegen die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten. Das sind fast doppelt so viel wie nötig und ein Rekord in Nyon. Und drei Monate später schliessen sich an der Urne 52 Prozent der Stimmberechtigten dem Kollektiv an. Célia Brodard sagt: «Als das Resultat feststand, habe ich geweint.»

Migros-Kassierin Jeanne d'Arc Dumartheray sagt, sie sei «richtig stolz» auf das, was sie und ihre Kolleginnen geleistet hätten. Nur etwas bedauert sie: «Dass ich erst jetzt, nach 18 Jahren im Verkauf und kurz vor der Pensionierung, erfahren habe, dass es die Unia gibt.»

PRIX ENGAGEMENT II

Coop-Verkäuferin Susanna Keller brachte den Frauenstreik in ihre Filiale

Susanna Keller setzte sich durch. In ihrer Coop-Filiale legten am Frauenstreik alle die Arbeit nieder. Dafür gibt's von der Unia den Prix Engagement.

CHRISTIAN EGG

«Es war ein klarer Fall», sagt Susanna Keller (57). Als die Coop-Verkäuferin vernahm, dass es am 14. Juni 2019 einen Frauenstreik geben sollte, «da dachte ich, das machst du jetzt mal». Aber wie streikt frau im Detailhandel, noch dazu in einer kleinen Filiale? Keller arbeitet in Lengnau BE. Drei bis fünf Mitarbeitende sind dort jeden Tag eingeteilt. «Wenn jemand fehlt, müssen die anderen mehr arbeiten, das kann es nicht sein.» Aber Keller ist seit über 30 Jahren Gewerkschafterin und weiss: Wer will, findet einen Weg.

VIEL MUT. Deshalb erfindet Keller den Fünf-Minuten-Streik. Das geht so: «Wir haben Anrecht auf 15 Minuten Pause. Am Frauenstreiktag machten wir 20 Mi-



UNERSCHROCKEN: Susanna Keller.

FOTO: MATTHIAS LUGGEN

nuten Pause.» Was ihr wichtig war: Die fünf zusätzlichen Minuten sollten nicht als Pausenzeit zählen. «Der Streik war während der Arbeitszeit, das war klar!» Sie überzeugt zuerst die Filialleiterin und dann ihre Kolleginnen. «Eigentlich ging es ganz leicht», sagt sie heute. Und das ist erstaunlich.

Verkäuferin Keller erfand den Fünf-Minuten-Streik.

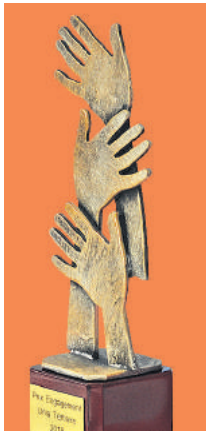
GROSSE ANGST. Denn so leicht geht es nicht immer. Im Verkauf hätten viele Angst, sich zu engagieren. Das führe dazu, dass sie nicht über die Arbeitsbedingungen sprächen. Oder über gewerkschaftliches Engagement. «Nicht einmal untereinander, wenn kein Chef oder keine Chefin zuhört.»

Susanna Keller und ihre Kolleginnen in Lengnau haben jetzt gemerkt: Wer sich engagiert und es richtig angeht, riskiert nichts. Ausser, einen Preis zu gewinnen.

PRIX ENGAGEMENT FÜR MUTIGE

Der Prix Engagement wird seit 2018 vom Dienstleistungssektor der Unia vergeben. Er zeichnet Mitglieder aus, die sich besonders für die Rechte von Arbeitnehmenden einsetzen.

ECHT STARK. Dieses Jahr geht der Preis an das Kollektiv in Nyon, das erfolgreich gegen längere



POKAL: Prix Engagement 2019. FOTO: UNIA

Ladenöffnungszeiten kämpfte, sowie an die Coop-Verkäuferin Susanna Keller, die am Frauenstreik vom 14. Juni im Coop Lengnau BE eine Streikpause durchsetzte. (che)

Coop-Skandal: Höchstarbeitszeiten systematisch nicht eingehalten

Fast 500 Verstösse gegen das Gesetz – in nur einem Monat



ARBEITSDRUCK: Von den zehn meistgenannten Problemen der Coop-Mitarbeitenden betreffen sechs die Arbeitszeit. Just in diesem Bereich verstösst der Grossverteiler regelmässig gegen das Gesetz, wie ein internes Dokument zeigt (rechts). FOTO: KEYSTONE

Überlange Arbeitstage und mehr Wochenstunden, als das Gesetz erlaubt: Das hat bei Coop offensichtlich System.

CHRISTIAN EGG

Für Verkäuferinnen und Verkäufer «in Grossbetrieben des Detailhandels» beträgt die erlaubte Arbeitszeit pro Woche höchstens 45 Stunden. So steht es im Arbeitsgesetz, Artikel 9. Doch Grossverteiler Coop hält das Gesetz offenbar bloss für eine unverbindliche Empfehlung. Das zeigt ein internes Dokument, das der «Blick» am 28. Januar öffentlich machte. Es belegt zahlreiche Verstösse gegen das Arbeitsgesetz. Das Überschreiten der wöchentlichen Höchstarbeitszeit ist nur einer von vielen.

ZEHN-STUNDEN-TAGE

Alleine für den November 2019 sind in der Region Bern 475 Verstösse dokumentiert. Bei rund 4400 Mitarbeitenden heisst das: Mehr als jede zehnte Person musste länger arbeiten als vom Gesetz erlaubt. Und Coop gibt zu: Bern ist kein Ausreisser. In anderen Regionen sei es «ähnlich». Die Enthüllung bestätigt, was

Coop-Mitarbeitende schon lange sagen: Die Arbeitstage werden immer länger, die Einsätze immer unregelmässiger. 2017 machten knapp tausend Coop-Verkäuferinnen und -Verkäufer bei einer Unia-Umfrage mit. Bei fast einem Drittel dauerte ein normaler Arbeitstag zehn Stunden oder mehr, bei 8 Prozent sogar über elf Stunden. Von den zehn meistgenannten Problemen betreffen sechs die Arbeitszeit (Ladenöffnungszeiten, Überstunden, zu lange Tage, schlechte Vereinbarkeit mit Familie, unregelmässige Einsätze, Arbeit am Abend).

KEINE EINZIGE BUSSE

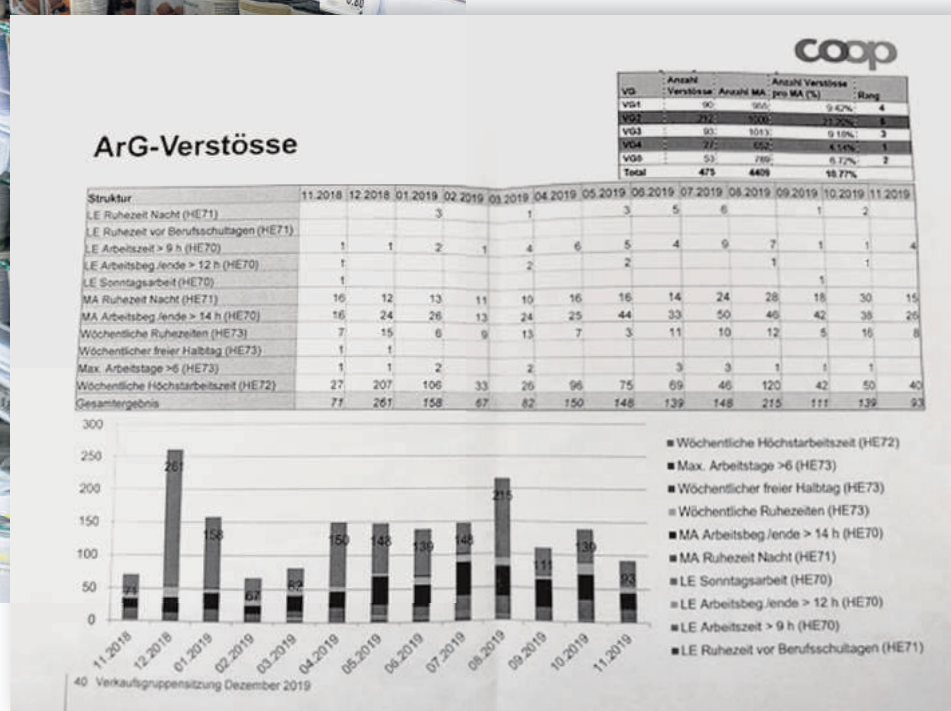
Stossend ist auch: Trotz den zahlreichen dokumentierten Verstösse hat Coop von den kantonalen Kontrollbehörden seit Jahren nie eine Busse oder auch nur einen Verweis kassiert. Das Amt für Wirtschaft des Kantons Bern will dies auf work-Anfrage nicht kommentieren. Legt aber Wert darauf, im vergangenen Jahr 30 Coop-Filialen kontrolliert zu haben. Tönt nach viel, ist aber wenig: Coop führt im Kanton über hundert Läden – ohne andere Coop-Marken wie «Pronto», «Bau & Hobby», «Interdiscount», «Import Parfumerie» usw.

Viele Verstösse, keine Bussen. Amt schweigt.

COOP REDET KLEIN

Als Reaktion auf die Skandalzahlen reden sich die Coop-Verantwortlichen um Kopf und Kragen. Zuerst versucht eine Sprecherin, das Problem herunterzuspielen. Im «Blick» bezeichnet sie die Zahl der Gesetzesverstösse pro Mitarbeitende als «sehr tiefen Wert, den wir noch weiter verbessern wollen». Für den Unia-Mann Arnaud Bouverat steht dagegen fest: Coop kalkuliert mit zu wenig Personal. Passiert etwas Unvorhergesehenes, ist das System gleich am Limit (siehe Interview unten). Indirekt bestätigt das einen Tag nach der Enthüllung der Coop-Personalchef: Die Verstösse kämen wegen «Krankheiten, Ausfällen, familiärer Notfälle» zustande. Gleichzeitig kann er sagen: Nein, das Personal sei nicht zu knapp geplant.

Das passt wohl nur für einen Manager zusammen.



Unia-Mann Arnaud Bouverat kritisiert:

«Coop kalkuliert mit zu wenig Personal»

Schon vor sechs Jahren wurde bekannt, dass Coop das Arbeitsgesetz verletzt. Arnaud Bouverat, Coop-Verantwortlicher bei der Unia, verlangt jetzt endlich Taten statt Worte.

CHRISTIAN EGG

work: Arnaud Bouverat, Coop hat in nur einem Monat 475 Mal das Arbeitsgesetz verletzt. Was läuft schief beim Detailhandelskonzern?

Arnaud Bouverat: In den letzten Jahren hat Coop fast in allen Regionen die Ladenöffnungszeiten verlängert. Am Morgen machten früher die

meisten Läden um acht oder um neun Uhr auf. Heute ist es vielerorts sieben oder noch früher. Coop beschäftigt aber nicht mehr Leute. Viele Mitarbeitende berichten, dass dadurch Druck

«Coop hat nicht Wort gehalten.»

ARNAUD BOUVERAT, UNIA

und Stress deutlich zugenommen hätten. Wenn nur schon eine Person ausfällt, etwa wegen Krankheit, hat es zu wenig Reserve im System. Dann müssen diejenigen, die noch da sind, Mehrarbeit leisten. Es ist offensichtlich: Die Coop-Ver-

antwortlichen kalkulieren mit zu wenig Personal.

Trotzdem gab es keine Bussen der Arbeitsinspektoren.

Das erleben wir leider immer wieder. Die kantonalen Behörden haben zu wenig Ressourcen, um zu kontrollieren, ob die Läden das Gesetz einhalten. Das ist teilweise in den Kantonen politisch so gewollt. Und das ist unhaltbar. Wir erwarten, dass Coop in allen Kantonen öfter kontrolliert wird.

Offenbar kannten auch die Sozialpartner die Coop-Zahlen nicht. Warum?

Coop hat nicht Wort gehalten. Schon vor sechs Jahren hat die TV-Sendung «Kassensturz» zahlreiche Gesetzesverstösse bei Coop aufgedeckt. Damals versprach Coop Nulltoleranz bei Verstösse gegen das Arbeitsgesetz. Jetzt sehen wir: Das hat nicht funktioniert.

Was macht die Unia jetzt?

Wir haben nächste Woche eine Sitzung mit Coop. Wir wollen, dass sie uns ab sofort regelmässig über die Zahlen der Gesetzesverstösse informieren. Und dass die Zahlen drastisch sinken! Wenn Coop das nicht schafft, müssen die



Arnaud Bouverat.

FOTO: UNIA

Verantwortlichen endlich reagieren.

Zudem werden wir in den nächsten Monaten unsere Mitglieder noch stärker über ihre Rechte informieren. Und sie aufrufen, Verstösse gegen das Arbeits-

gesetz sofort der Unia zu melden.

Die Sache macht auch klar: Es braucht mehr Schutz gegen überlange Arbeitstage. Das wird sicher ein Thema werden, wenn wir nächstes Jahr mit Coop über den neuen Gesamtarbeitsvertrag verhandeln.

Verletzt nur Coop das Arbeitsgesetz?

Nein. Leider ist das vielerorts im Detailhandel ein Problem. Die Anzahl Mitarbeitender wird immer knapper berechnet, um die Gewinnmarge hochzuhalten. Die Leidtragenden sind die Verkäuferinnen und Verkäufer.



**work
kommentar**
Oliver Fahrni

ITALIEN NACH DEN WAHLEN: DIE KATASTROPHE GERADE NOCH MAL KNAPP ABGEWENDET

Politische Siege soll man feiern, das ist wichtig für die Psyche. Und für die Politik danach. Italiens «Sardinen», die antifaschistische Bürgerbewegung, feierten ihren Sieg standesgemäss mit Pasta con le sarde (Nudeln mit Sardinen). Am 26. Januar haben sie dem rechts-extremen Lega-Chef Matteo Salvini bei den Wahlen in der Region Emilia-Romagna eine herbe Niederlage zugefügt.

SALVINI WILL DIE MACHT ALLEIN. Wie aus dem Nichts waren die Sardinen im Spätsommer 2019 aufgetaucht und hatten seither viele Hunderttausend Menschen in Volksfesten auf 142 Plätzen in Italien (und Europa) gegen die Rechte mobilisiert. Salvini wollte mit einem Sieg in der Region um Bologna die Regierung in Rom stürzen und Neuwahlen erzwingen. Er hätte gute Chancen, in Italien die Macht zu übernehmen. In landesweiten Umfragen liegt er mit über 30 Prozent vorne. Nun ist die Katastrophe gerade noch abgewendet, und die linke Zeitung «Il Manifesto» titelte: «Die demokratischen Antikörper gewinnen.» Die braucht das Land. Was Italien mit Salvini blüht, lässt sich an seiner Zeit als Innenminister ablesen. Bei

den Wahlen 2018 machte Salvini Lega 17 Prozent der Stimmen. Das reichte für eine Koalition mit der Wahlsiegerin, der 5-Sterne-Bewegung (M5S). Doch obschon diese doppelt so viele Stimmen wie die Lega gemacht hatte, spielte Salvini Regierungschef Giuseppe Conte an die Wand – mit rassistischen Pro-

Der Partito Democratico braucht jetzt ein linkes, soziales Programm.

vokationen, brutaler Anti-Immigrations-Politik und nationalistischen Ausfällen. Mussolini-Verehrer Salvini will alle Macht allein, um Parlament und Verfassung auszuhebeln. 2019 versuchte er seinen Coup und kündigte die Koalition auf. Doch statt Neuwahlen gab es eine neue Koalition. Conte rief am 4. September eine Regierung mit der Linken vom Partito Democratico (PD) aus.

DI MAIO OHNE KRAWATTE. Nun scheiterte auch Salvini's zweiter Coup: Die Sardinen trugen in der Emilia-Romagna den PD-Mann Stefano Bonaccini zum Wahlsieg über Salvini's Kandidatin Lucia Borgonzoni – mit fast 8 Prozentpunkten Vorsprung. Und sie versprachen Salvini, ihm in allen Städten und

Regionen vor der Sonne zu stehen. Bald wird in Kampanien und in der Toscana, in Apulien, in den Marken, in Ligurien und in Venetien gewählt. Die Lage von Italiens Demokratie bleibt fragil. Die 5-Sterne-Bewegung, vor wenigen Monaten noch erste Partei im Land, ist in der Emilia-Romagna und in Kalabrien völlig eingebrochen. Drei von vier Wählern und Wählerinnen haben vom M5S zum PD gewechselt. Wichtige Figuren haben sich verabschiedet. Demonstrativ zog 5-Sterne-Partei- chef Luigi Di Maio an einer Parteiversammlung seine Krawatte aus. Aussenminister aber bleibt er. PD-Parteichef Nicola Zingaretti war klug genug, in Rom das Bündnis mit den 5 Sternen zu bekräftigen. Denn der PD selbst ist nach Jahren des Regierens und neoliberaler Verirrungen, etwa mit Matteo Renzi (2014 bis 2016), stark diskreditiert. Vor Renzi regierte die Partei in sechzehn Regionen, danach gerade noch in sechs. Eine Sache müssten die Linken nun von den Sardinen lernen: Um den Neofaschisten Salvini zu stoppen, brauchen sie schnell ein linkes, soziales Programm. Wie sagen die Sardinen: «Wir sind wie der Sauerstoff, aber allein genügen wir nicht.»

Italiens Linke: Wie weiter? Die rote Marta muckt auf

Der Wahlsieg des Partito Democratico (PD) macht nicht alle nur happy. Warum, erklärt Marta Collot von der neuen Linkspartei Potere al Popolo.

JONAS KOMPOSCH

Aufatmen nach den Regionalwahlen in der Emilia-Romagna. Matteo Salvini's rechtsextremer Lega ist es nicht gelungen, die einstige rote Hochburg einzunehmen. Sozialdemokrat Stefano Bonaccini bleibt Präsident der norditalienischen Industrie- und Handelsregion.

FAST GLEICHAUF. Keine Freuden-sprünge macht deswegen Marta Collot (26) von der drei Jahre jungen Bewegungspartei Potere al Popolo (PaP). Die Klavierlehrerin und Gelegenheitsjobberin kandidierte selbst für das Präsidialamt, hatte aber mit bloss 8048 Stimmen keine Chance. Trotzdem spricht sie nicht aus Missgunst oder Groll, wenn sie sagt: «In der Emilia-Romagna hat weder die Linke gewonnen noch die Rechte verloren.» Eine gewagte Interpretation angesichts des Wahlsiegs von PD-Mann Bonaccini. Andererseits zeigt die Statistik: Im Vergleich zu den letzten Regionalwahlen



MARTA COLLOT:
Klavierlehrerin,
Gelegenheits-
jobberin und
Linksaktivistin.

FOTO: ZVG

von 2014 verlor der sozialdemokratische Partito Democratico (PD) 12,5 Prozent Wähleranteile. Fast so viel, wie die Lega dazugewann. Mit je etwas über 30 Prozent liegen die beiden Parteien mittlerweile fast gleichauf.

KRITIK. Die Verluste des PD erstaunen Collot gar nicht. Denn: «Die schlimmsten Angriffe gegen die Lohnabhängigen kamen von dieser Partei.» Collot

meint damit insbesondere den «Jobs Act» – eine von PD-Ex-Premier Matteo Renzi durchgepeitschte Arbeitsmarktreform. Seit 2014 erleichtert diese Entlassungen, macht die Deregulierung von Anstellungsbedingungen möglich und senkt die Unternehmenssteuern. Kritik hagelt es von der «roten» Marta auch wegen der sogenannten Sicherheitsdekrete. Mit diesem Gesetzespaket darf die Regierung neu Privatschiffen mit

Flüchtlingen an Bord die Hafeneinfahrt verwehren. Bei Zuwiderhandlungen drohen drastische Geldstrafen von bis zu einer Million Euro.

COLLOTS REZEPT. Eingeführt hatte das Dekret zwar noch Migrantenfeind Salvini, doch der PD hat es bis heute nicht zurückgenommen. Die Partei könne daher nicht mehr als wirklich «links» bezeichnet werden. Entsprechend stamme auch die Anhängerschaft mittlerweile hauptsächlich aus dem Establishment. War also das Ja

«Es war die Wahl des kleineren Übels.»

MARTA COLLOT
POTERE AL POPOLO

zur PD nicht gleichzeitig auch ein Ja für die PD-Politik? «Keinesfalls», sagt Collot, «es war die Wahl des kleineren Übels.» Ohnehin könnten solche Wahlen allein den Rechtsruck in Italien nicht aufhalten. Collots Rezept: «Zusammenschluss aller Oppositionellen sowie ständige Präsenz in den Quartieren, Schulen und Betrieben.»

Italien, Bologna: «Wir



SERGIO NOTTOLI: «Ex-Premier Matteo Renzis wirtschaftsfreundlicher

Wahltag mit dem Altkommunisten Sergio Nottoli (90) werden gewinnen! »



Weltkrieg, Partisanen, Neofaschisten, Aufstieg und Zerfall der kommunistischen Partei Italiens, Berlusconi und Verräter Matteo Renzi: Alles hat Sergio Nottoli miterlebt. Und immer blieb er der Linken treu. Und seinen Tagliatelle al ragù.

JONAS KOMPOSCH

Im Wartesaal der zweiten Klasse am Hauptbahnhof von Bologna steht eine pralle Reisetasche. Sie tickt im Sekundentakt. Bis um 10.25 Uhr. Dann detonieren 23 Kilogramm Sprengstoff. Das Bahnhofsgebäude stürzt ein. 85 Menschen werden in den Tod gerissen, 200 weitere verletzt. Das war am 2. August 1980. Ziel des Anschlags: die Bevölkerung Bolognas. Denn diese hatte seit Ende des Zweiten Weltkriegs mit grossem Mehr kommunistisch gewählt. Und das passte den Tätern nicht. Sie waren Neofaschisten mit besten Verbindungen zum Geheimdienst. Vom Terror liess sich das rote Bologna allerdings nicht einschüchtern: bis heute ist die Stadt links regiert. Und am Bahnhof erinnert eine grosse Gedenktafel an die Bluttat vor 40 Jahren. «Niemand vergessen!» steht darauf.

Just vor diesem Mahnmal warte ich auf Sergio Nottoli (90), Urgestein der Bologneser Arbeiterbewegung. Es ist der Samstag vor den Regionalwahlen in der Emilia-Romagna. Sämtliche Umfragen prognostizieren dem sozialdemokratischen Partito Democratico (PD) ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der rechtsextremen Lega. Und bereits jetzt steht fest, was Lega-Führer Matteo Salvini tun wird, falls seine Partei ihren Siegeszug auch in der traditionell linken Region Norditaliens fortsetzen wird: nationale Neuwahlen verlangen, die Landesregierung übernehmen und den Umbau Italiens in ein autoritäres Regime vorantreiben.

DIE FASCHISTEN-BOMBE

Da kurvt plötzlich ein grauer Fiat Lupo heran. Am Steuer ein Mann mit ernstem Blick und schneeweissem Haar. Er hupt. Nottoli! Noch bevor wir davonbrausen, beginnt er zu erzählen: «Ja, der Anschlag von 1980, ich erinnere mich genau!» Mit seiner Familie habe er an jenem Samstag an einem schönen Strand an der Adria gelegen. Dann kam die Nachricht von der Bombe. Sofort sei er nach Bologna gefahren. Hier hatte Nottoli schliesslich verschiedene politische Ämter inne, war etwa langjähriger Quartierspräsident, Gemeindeparlamentarier und Parteisekretär. Und nun brauchte die Stadt im Schockzustand jede helfende Hand.

BEI DEN PARTISANEN

Was Nottoli Ende August 1980 am Bahnhof von Bologna sah, erinnerte ihn an den Zweiten Weltkrieg. Gerade mal zehn Jahre alt war er, als dieser 1940 auch auf die Emilia-Romagna übergriff. Vier Jahre später starteten die Alliierten ihre Luftoffensive gegen Bologna. Der Bombenhagel traf allerdings nicht nur kriegswichtige Infrastrukturen und faschistische Truppen, sondern auch die Zivilbevölkerung. Deshalb suchte Nottoli bei Fliegeralarm immer das Weite, rannte auf die Hügel

«Der Staat lässt die Menschen im Mittelmeer einfach ertrinken!»

ausserhalb der Stadt und verkroch sich in den Wäldern. «Dort traf ich zum ersten Mal auf Partisanen», erzählt Nottoli. Diese antifaschistischen Guerrillakämpfer hätten ihm nicht nur Unterschlupf, sondern auch etwas zu essen gegeben. Ein Segen für den Bub. Denn: «Damals hungerten wir eigentlich immer.» Oft sei er deshalb auf die Felder rausgefahren. Um liegengebliebene Getreidekörner einzusammeln. Einmal geriet er auf dem Nachhauseweg in die Hände der Deutschen. Diese waren gerade dabei, eine Kuhherde zu stehlen. «Sie zerrten mich von meinem Velo, drückten mir einen Stecken in die Hand und zwangen mich mitzukommen.»

Nottoli bremst, Stau vor den Toren der Bologneser Altstadt. Draussen machen Touristen Selfies vor einer backsteinroten Kathedrale. Erst als der Verkehr wieder rollt, erzählt Nottoli weiter.

Sieben Stunden lang musste Sergio mit den deutschen Soldaten mitmarschieren und ihr geraubtes Vieh zusammenhalten. Dann gelang ihm

die Flucht. Reines Glück sei das gewesen, meint Nottoli heute. Denn im nahe gelegenen Dörfchen Marzabotto zeigten die Nazis zur selben Zeit, wozu sie fähig waren: Sie erschossen die gesamte Einwohnerschaft. 770 Kinder, Alte und Frauen. Vermeintliche oder tatsächliche Angehörige von Partisanen.

RAUSCHENDE FESTE

Als der Krieg endlich vorbei war, trat der 15-jährige Nottoli sofort dem Partito Comunista bei. Er erzählt: «Denn die kommunistischen Partisanen waren die Speerspitze unserer Befreiung. Sie hatten die Nazis bereits vertrieben, als die Alliierten hier eintrafen.» Der junge Aktivist gab fortan alles für die Partei, die bald zur mitgliederstärksten des Landes wurde. Selbst als Maschinenmechaniker-Stift verteilte er ständig Flugblätter, besuchte wöchentlich Gewerkschaftsversammlungen. «Alles für den demokratischen Wiederaufbau der Heimat», sagt er.

Besonders gerne erinnert sich Nottoli aber an das allererste Fest zugunsten der Parteizeitung «Unità», die «Festa dell'Unità». Einfach «bellissima» sei die gewesen, damals im Sommer 1946, kurz nach den Kriegsjahren voller Leid und Entbehrungen. Seither hat Sergio Nottoli kein einziges dieser rauschenden Feste verpasst. Im Gegenteil: Meistens war er sogar Teil des Organisationskomitees oder half mit, die notwendigen Berge von Lasagne, Tortelloni oder Spaghetti zu kochen.

IN DER KÜCHE

A propos Kochen! «È la mia passione», sagt Nottoli, «meine Leidenschaft». Das zeigt sich deutlich in Casalecchio di Reno. Nach einer halbstündigen Fahrt sind wir in diesem Vorort Bolognas angekommen. Nottoli führt ins Industriequartier, zur Casa dei Popoli, dem Haus der Völker. Es ist ein grosszügiger und moderner Bau im Besitz des Partito Democratico. Also jener regierenden Mittel-links-Partei, die 2007 aus den Resten der

kommunistischen, der sozialdemokratischen sowie der christdemokratischen Partei hervorgegangen ist. Auch Nottoli ist Mitglied. Jetzt aber will er mir das Herzstück der Casa zeigen: «La cucina». Und was für eine Küche das ist! Gross genug, um locker an die 300 hungrige Mäuler zu bekochen. Hier arbeitet Nottoli regelmässig. Dann gibt es Spezialitäten wie Tagliatelle al ragù, Tortellini in brodo oder Maccheroni mit Salciccia. «Du musst wissen», sagt Feinschmecker Nottoli, «die emilianische Küche ist eine der feinsten Italiens.» In den Genuss seiner Köstlichkeiten kommen jeweils die Besucherinnen und Besucher der Parteifeste. Bloss sind das nicht mehr so viele wie einst.

Der Partito Democratico ist nämlich schwer angeschlagen. Nottoli sagt, das habe vor allem der Ex-Premier Matteo Renzi zu verantworten: Der hat es geschafft die Partei zu erobern und nach rechts zu öffnen.» Renzis wirtschaftsfreundlicher Kurs habe aber viele Mitglieder vergrault. Jetzt, kurz vor den Wahlen, stehe die Linke gespalten da. Tatsächlich kandidieren vier verschiedene Linksparteien einzeln für den Gouverneursposten der Emilia-Romagna, zudem die populistische 5-Sterne-Bewegung. Demgegenüber hat sich die gesamte Rechte hinter der Lega-Kandidatin vereint. «Das ist gefährlich!» sagt Nottoli: «Denn Salvini und seine Gefolgsleute reden wie die Faschisten von damals.»

VINCEREMO NOI!

Und dann die Flüchtlinge. Nottoli kocht regelmässig auch für sie. Oder nimmt sie in seiner Wohnung auf und schenkt ihnen Kleider. Er sagt: «Ich weiss, was Krieg und Flucht bedeuten.» Vom Staat aber sei er enttäuscht, weil: «Er lässt die Menschen im Mittelmeer einfach ertrinken!» Für Nottoli «das Schlimmste der Welt». Trotz alledem ist der alte Kämpfer optimistisch: «Vinceremo noi!» – «Wir werden gewinnen!» ruft er. Und tatsächlich. Spätnachts am Sonntag bestätigt sich seine Prognose: Sozialdemokrat Stefano Bonaccini ist mit 51 Prozent der Stimmen überraschend deutlich wiedergewählt. Korkenknallen und Spumante für alle in der Casa dei Popoli! Die Emilia-Romagna bleibt rot. Und Sergio Nottoli sagt: «Hab ich's dir nicht gesagt?»



LED-Röhren: Tiefgaragen sind Tatorte des ökologischen Umbaus

Die neue LED-Röhre von Philips verbraucht viermal weniger Strom als die alten Neonröhren. Und das ist noch lange nicht ihr einziger ökologischer Vorteil.

Es gibt in der Schweiz 30 000 Tiefgaragen und Sammeleinstellhallen. Viele sind mehr oder minder sanierungsbedürftig. Mit anderen Worten: viel Arbeit für das Baugewerbe, wenn wir denn in Zukunft noch so viele Autos brauchen würden wie heute.

Tiefgaragen sind immer auch etwas unheimlich. Sie flössen uns Ängste ein. Deshalb geschehen hier in den TV-Krimis regelmässig Morde und Verbrechen. Dabei belegen Statistiken: Die Zahl der Gewaltverbrechen ist gesamthaft rückläufig. Und Parkhäuser sind keine beliebten Tatorte.

Spielt alles keine Rolle, denn die Mächte des faktenfreien Irrationalen sind vielfach stärker als alle wissenschaftlichen Erkenntnisse. Können wir etwas dagegen machen?

LANGES LEBEN. Schrittweise lösen LED-Röhren die alten Neonröhren in den 30 000 Schweizer Parkhäusern ab. In wie vielen? Wir wissen es nicht. Unser statistisches Amt zählt lieber die Schweine in den Ställen. Die Umrüstung verbessert bei gleich viel Lumen pro Röhre nicht die Beleuchtung, aber immerhin verbrauchen LED-Röhren, richtig vermessen, viermal weniger Strom als Neonröhren. Und sie reagieren schneller auf Impulse der Bewegungsmelder und Lichtschalter. Weiterer Vorteil: Ihre Lebensdauer ist

durchschnittlich mindestens fünfmal länger. Man muss sie weniger auswechseln.

Eigentlich eine Erfolgsgeschichte ohnegleichen. Wir müssten uns ob dieses technischen Fortschritts freuen, tun es aber nicht. Weil gute Nachrichten in der Regel keine Nachrichten sind.

VOLLE KRAFT. Aber gut ist nicht gut genug. Jetzt bringt der Elektronikkonzern Philips eine neue LED-Röhre mit Sensor auf den Markt, die alles Bisherige wortwörtlich in den Schatten stellt.

Philips-Vorteil 1: Während durchschnittlich 23 Stunden am Tag werden Autos nicht benutzt. Sie stehen auch in Parkhäusern nur herum. Dies wird sich erst etwas ändern, wenn sich selbst steuernde Roboterautos die in privatem Besitz befindlichen fahrbaren Untersätze aus dem Markt drängen. Bis es so weit ist, ein Lichtblick: Die neuen LED-Röhren verbrauchen im Sparmodus nicht mehr 24 Wattstunden wie die alten Neonröhren, sondern nicht einmal 5 Wattstunden. Und vermitteln trotzdem ein Gefühl von Sicherheit dank bescheidender, flächendeckender Ausleuchtung jedes Parkhauses. **Philips-Vorteil 2:** Sobald sich eine Autofahrerin oder ein Autofahrer hin zu seinem oder weg von ihrem Auto bewegt, strahlt die LED-Röhre mit ihrer vollen



LICHT INS DUNKEL: LED-Röhren verbrauchen viermal weniger Strom als Neonröhren. FOTO: KEYSTONE

Kraft von 135 Lumen pro Watt. Dies alles dank den in den LED-Röhren integrierten Bewegungsmeldern.

Philips will die Lumen pro Watt und somit die Energieeffizienz nächstens um gut 10 Prozent erhöhen. Und andere Hersteller werden die steile Vorgabe aufnehmen und vergleichbare oder noch bessere Produkte auf den Markt bringen.

Sinnvoll wären in der Mehrzahl der Fälle LED-Röhren mit integrierten Be-

wegungsmeldern, die erst anspringen, wenn sich etwas bewegt. Und die Investitionsbedarf und Energieverbrauch so weiter senken.

Für die lesenden Sparfüchsinnen und Sparfüchse noch die entscheidenden Grössenordnungen: Wenn die LED-Röhre zu 90 Prozent im sanften Sparmodus Sicherheit vermittelt, braucht sie im Jahr nicht einmal 60 Kilowattstunden Strom. Wenn man auf den Sparmodus verzichtet, wären es noch 24 Kilowattstunden.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/frauenparkplatz
In Österreich nennt man Frauenparkplätze «Damenparkplätze». Henusode! Statistisch gesehen sind Parkhäuser weniger gefährlich als geföhlt.

● rebrand.ly/beleuchtung
Sind sich selbst dimmende LED-Röhren mit Bewegungsmelder schweinetuer? Entgegen allen Befürchtungen nicht. Eine 150 cm lange Philips-LED-Röhre kostet um die 35 Franken. Die Preise werden weiter sinken, sobald die Konkurrenz nachzieht. Die Folge: Der ökologische Umbau dank Effizienzgewinnen rechnet sich.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT



Miet-Abzocker Lohn-Drücker, Welt-Brandstifter: Wir behalten sie alle im Auge.

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit
für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch +++

BVG-Kompromiss: Einige Arbeitgeberverbände wollen ihn torpedieren

Die Rentenklauber sind wieder unterwegs

Der BVG-Kompromiss der Gewerkschaften und der Arbeitgeber lässt sich sehen. Doch einigen Arbeitgeberverbänden ist er viel zu sozial.

CLEMENS STUDER

Die Pensionskassen sind in der Krise. Für immer höhere Beiträge gibt's immer weniger Rente. Seit 2005 gingen die Pensionskassenrenten real um fast 9 Prozent zurück. Und viele Lohnabhängige erhalten keine oder nur eine mickrige BVG-Rente, weil sie wenig verdienen. Das hat systemische Gründe. Denn das BVG basiert darauf, mit dem Geld der Versicherten im internationalen Finanzcasino und auf dem Immobilienmarkt zu spekulieren. Das ist in erster Linie für Banken und Versicherungen ein lohnendes Geschäft. Milliarden fliessen an die Aktionäre statt an die Versicherten. Ganz anders bei der AHV: sie wird im solidarischen, stabilen und sicheren Umlageverfahren finanziert. Hier macht das Geld der Versicherten keinen jahrzehntelangen teuren Umweg über die Finanzindustrie.

DER KOMPROMISS

Im aktuellen wirtschaftlichen Umfeld können die Pensionskassen ihre einstigen goldenen Versprechen nicht mehr halten. Sie wollen deshalb nicht etwa ihre Erträge, sondern die Leistungen senken. Und die Kos-

Der BVG-Kompromiss ist gut für die unteren und die mittleren Einkommen und für die Frauen.

ten für die Lohnabhängigen und die Arbeitgeber weiter erhöhen. Doch das ist nicht mehrheitsfähig. Darum hat der Bundesrat den Sozialpartnern den Auftrag gegeben, gemeinsam Lösungen zu suchen.

Im vergangenen Sommer einigten sich die Arbeitgeber und die Gewerkschaften auf einen Kompromiss zur Sanierung der Pensionskassen. Diesen BVG-Kompromiss der Sozialpartner schickte der Bundesrat im Dezember in die Vernehmlassung. Sie dauert bis zum 27. März. Noch vor Ende der Vernehmlassungsfrist bringen sich die Gegner dieser halbwegs sozialverträglichen BVG-Sanierung nun in Position und präsentieren eigene Modelle. Die unterscheiden sich zwar – je nach ökonomischen und ideologischen Schwerpunkten der Verfassenden – in Details. Aber eines haben sie alle gemeinsam: sie sind gegen die Interessen der unteren und mittleren Einkommen gerichtet. Und sie zementieren die Benachteiligung der Frauen.

EIN RENTENZUSCHLAG

Bereits während der Verhandlungen der Sozialpartner ausgestiegen ist der Gewerbeverband. Dieser ist unter der Führung von Präsident Jean-François Rime (SVP) und Direktor Hans-Ulrich Bigler (FDP) – beide im Herbst aus dem Nationalrat abgewählt – schon längst zur Frontorganisation der Milliardärspartei SVP geworden. Sie lehnt den Sozialpartnerkompromiss ebenfalls ab. Der Gewerbeverband-Vorschlag basiert einseitig auf



FINANZCASINO: BVG-Gelder sind in erster Linie für die Versicherungslobby ein gutes Geschäft. FOTO: KEYSTONE

	Aktuelle Regelung	Das wollen die Sozialpartner und der Bundesrat	Das will der Gewerbeverband	Das wollen Banken, Baumeister und Detailhändler
Mindestumwandlungssatz ¹	6,8 Prozent	6 Prozent	6 Prozent	6 Prozent
Koordinationsabzug ²	Fr. 24 885.–	Fr. 12 443.–	Fr. 24 885.–	60 Prozent des AHV-pflichtigen Lohns, höchstens Fr. 21 300.–
Altersgutschrift ³ 20.–24. Lebensjahr	0 Prozent	0 Prozent	0 Prozent	9 Prozent
Altersgutschrift 25.–34. Lebensjahr	7 Prozent	9 Prozent	9 Prozent	9 Prozent
Altersgutschrift 35.–44. Lebensjahr	10 Prozent	9 Prozent	14 Prozent	12 Prozent
Altersgutschrift 45.–54. Lebensjahr	15 Prozent	14 Prozent	16 Prozent	16 Prozent
Altersgutschrift 55.–64. Lebensjahr	18 Prozent	14 Prozent	18 Prozent	16 Prozent
Rentenausgleich		100 bis 200 Franken im Monat für die Übergangsgeneration (15 Jahre)	«effektiver Ausfall» der Übergangsgeneration für 10 Jahre	«effektiver Ausfall» der Übergangsgeneration für 10 Jahre
Finanzierung		Lohnbeitrag ⁴ 0,5 Prozent	BVG-Sicherheitsfonds ⁵ höchstens 200 Millionen Franken	bestehende Rückstellungen der einzelnen Pensionskassen

¹ Der Umwandlungssatz bestimmt, wie viel Rente es für das angesparte Kapital im Obligatorium gibt. Rechenbeispiel: 100 000 Franken Alterskapital, Umwandlungssatz 6,8 Prozent = 6800 Franken Rente im Jahr. ² Nur Lohnbestandteile über diesem Abzug sind im BVG versichert. ³ Die Lohnabzüge für die Pensionskassen bestehen aus einer Versicherungsprämie (u. a. für Invalidität, Krankheit, Tod) und einem Sparanteil, der «Altersgutschrift» genannt wird. ⁴ Der Kompromiss der Sozialpartner will die Stärkung der kleinen Renten mit einem Lohnabzug von 0,5 Prozent auf alle Löhne ermöglichen. Damit tragen Grossverdiener entsprechend ihren Möglichkeiten mehr an die Finanzierung bei. ⁵ Der Sicherheitsfonds BVG garantiert die Leistungen für Versicherte, deren Pensionskasse konkursgeht. Ausserdem läuft über den Sicherheitsfonds der Ausgleich für Arbeitgeber, die überdurchschnittlich viele ältere Arbeitnehmende beschäftigen. Er wird durch sogenannte Zuschüsse der Pensionskassen finanziert.

Rentenkürzungen und höheren Beiträgen (siehe Tabelle).

Der mit den Arbeitgebern erreichte Kompromiss ist zwar keine Gewerkschaftsvorlage, aber sie verbessert immerhin einiges für die Lohnabhängigen. Ein dauerhafter, solidarisch finanzierter Rentenzuschlag hilft, das heutige Rentenniveau zu halten, obwohl der Umwandlungssatz sofort von 6,8 auf 6 Prozent gesenkt wird. Der Rentenzuschlag wird mit einem Lohnbeitrag von je 0,25 Prozent der Arbeitnehmenden und der Arbeitgeber auf allen Löhnen bis rund 850 000 Franken finanziert. Hohe Löhne bezahlen somit deutlich mehr für den Rentenzuschlag.

Die so zusammenkommende Summe wird pro Kopf an alle künftigen BVG-Rentnerinnen und -Rentner ausbezahlt. Das stärkt die Renten für Menschen mit tiefen Einkommen und für Teilzeitarbeitende, insbesondere auch der Frauen. Das stärkt den Solidaritätsgedanken in der zweiten Säule und verbessert das Preis-Leis-

tungs-Verhältnis des BVG, das wesentlich schlechter ist als bei der AHV.

MEHR VERSICHERTER LOHN

Weiter schlagen die Sozialpartner vor, den sogenannten Koordinationsabzug zu halbieren. Damit trägt ein grösserer Lohnanteil zum Aufbau der BVG-Rente bei. Das ist ebenfalls für Teilzeitarbeitende und für Menschen mit kleinen Einkommen wichtig. Langfristig steigen ihre Renten. Wie wichtig, zeigen die erschreckend tiefen Renten in einigen Branchen. Zum Beispiel im Gastgewerbe. Bei Gastro-

PENSIONS KASSEN

Lesen Sie **mehr über die 2. Säule und Ihren PK-Ausweis** im work-Service Seiten 14 / 15

social, der Pensionskasse des ehemaligen Wirtverbandes und der Hotellerie, beträgt die ausbezahlte Durchschnittsrente 603 Franken pro Monat. Die Kasse zählt 160 000 Versicherte. Noch tiefer liegt die Durch-

schnittsrente bei der BVG-Stiftung der SV Group: nämlich nur 505 Franken. Die Gruppe betreibt Kantinen, Mensen und Mitarbeiterrestaurants. Weil die Zahlen Durchschnittszahlen sind und nicht nach Geschlecht aufgeschlüsselt werden, ist davon auszugehen, dass die realen Frauenrenten noch mickriger sind.

AHV STÄRKEN

Selbst wenn der Kompromissvorschlag der Sozialpartner die parlamentarische Debatte und eine Volksabstimmung unbeschadet überstehen sollte, ist noch längst nicht alles gut. Nur ein bisschen besser als heute. Um die Altersvorsorge in der Schweiz zu stärken und die Kaufkraft der Rentnerinnen und Rentner zu heben, muss die AHV gestärkt werden. Diese hat ein unschlagbares Preis-Leistungs-Verhältnis. Dieses würde mit einer 13. AHV noch besser. Der Gewerkschaftsbund lanciert Anfang März eine entsprechende Initiative. Sie ist ein erster Schritt zur Stärkung der AHV.



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

Die Briefträgerin & die Freiräume

«Wir haben diskutiert, gestritten, gelacht, Entscheide gefällt, manchmal gelitten, reorganisiert, Neues gelernt und viel gearbeitet.» Dieser Satz aus den Weihnachtsgrüssen der BZR, Briefzustellregion, an ihr Perso-

Bei der Post erfolgen die Durchsagen von oben, unten wird ausgeführt. Punkt.

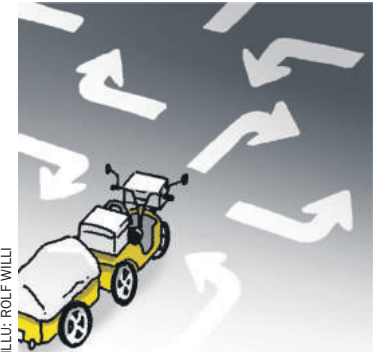
nal ist bei der Briefträgerin hängen geblieben. Er unterscheidet sich vom üblichen «die Post ist gut unterwegs, dank Euch». Wieso? Der Satz könnte aus dem Jahresbericht eines selbstverwalteten Betriebes stammen, denkt die Briefträgerin. Er ist persönlich, tönt nach Freiraum, nach Mitbestimmungsmöglichkeiten.

SPLITTER-KONZERN. Die Post ist aber kein selbstverwalteter Betrieb. Sie ist nicht einmal mehr ein Staatsbetrieb, der nicht rentieren muss und dessen Bereiche einander quersubventionieren dürfen. Die Post ist ein Konzern. 1997 wurde die damalige PTT aufgesplittet in die Bereiche Swisscom und die Schweizerische Post, die weiterhin für Personentransporte, Brief- und

Die Post ist kein selbstverwalteter Betrieb. Sie ist nicht einmal mehr ein Staatsbetrieb.

Paketsendungen sowie Finanzdienstleistungen zuständig war. Wurde die Swisscom schon damals eine «spezialgesetzliche Aktiengesellschaft», geschah dasselbe mit der Schweizerischen Post 2012: Sie wurde zur AG, deren einziger Aktionär der Bund ist. Immerhin.

EIGENWILLIG. Seither geht es bei der Post – einem Unternehmen mit Service-public-Auftrag – wie



in der Privatwirtschaft ums Geldverdienen. Ums Gewinnerwirtschaften. Das Zauberwort heisst Effizienz.

«Wir haben diskutiert, gestritten, gelacht» – das tönt schön. Die Briefträgerin hat solchen Freiraum nie erlebt. Die Durchsagen erfolgen von oben, unten wird ausgeführt. Punkt. Ah, nein, kürzlich wies der Chef sie auf einige ihrer eigenwilligen Arbeitsabläufe hin, schloss aber, er sehe keine Notwendigkeit, einzuschreiten.

Am 1. Februar ist Brexit Und jetzt?

Britanniens Brexit ist Gift. Lange bevor er beschlossen war, hatte er schon die britische Gesellschaft gespalten. Der rechtsextremen Partei UKIP war es gelungen, die EU zum grossen Sündenbock zu machen. Und die brennenden sozialen Fragen, die weit verbreitete Armut und Grossbritanniens Misere im Gesundheitswesen waren plötzlich kein Thema mehr. Stattdessen wiegten sich viele in der Illusion, das Königreich könne im Alleingang wieder zu alter Grösse finden.



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

Der notorische Lügner, Brandstifter und heutige Premier, Boris Johnson, surft auf dieser Illusionswelle erfolgreich weiter: Bei den Parlamentswahlen vor Weihnachten hat er mit seinen Konservativen die absolute Mehrheit erobert. Die linke Labour-Partei hingegen schrumpfte im Parlament massiv.

LABOUR LAVIERT. Warum dieses Debakel der Linken? Vor wenigen Jahren erlebte Labour mit Jeremy Corbyn einen Aufschwung, Zehntausende Junge wurden aktiv, bei den Wahlen vor zwei Jahren war Labour sogar nahe dran, die Konservativen zu überholen. Damals konnte die Partei die

Kippt Johnson jetzt bezahlte Ferien und Elternurlaub?

soziale Frage in einem starken Wahlprogramm in den Vordergrund bringen. Gleiches versuchte sie nun wieder – aber ohne Erfolg. Weil das Thema «Brexit» alles überdeckte. Und beim Brexit ist Labour hin und her gerissen. Mit einem Nein im Wahlkampf hätte die Partei Arbeiterstimmen im Norden verloren. Mit einem Ja, die Jungen vor den Kopf geschlagen. Die Partei lavierte und verlor auf beiden Seiten.

UND JETZT? Am 1. Februar tritt Grossbritannien definitiv aus der EU aus. Aber ansonsten ist gar nichts klar. Es herrscht Unsicherheit: Wie viele Unternehmen werden das Land verlassen? Die Gewerkschaften gehen vom Schlimmsten aus. Und sie befürchten, dass Boris Johnson bald schon damit beginnen wird, Arbeits-, Konsum- und Umweltnormen zu schleifen. Das Schicksal Hunderter Gesetzesbestimmungen in diesem Bereich hängen nun in der Luft. Bezahlte Ferien und Elternurlaub, Maximalarbeitszeiten, Diskriminierungsverbot, all dies ist bisher nur im EU-Recht verankert und müsste in britisches Recht übergeführt werden. Genauso wie die Importsperr für Chlorhühner. Doch Johnson und seine reaktionäre Parlamentsmehrheit haben grosse Lust, diesen «Ballast» im Namen der Wettbewerbsfähigkeit abzuwerfen.



Stimmt dein Mindestlohn?

In diversen Gesamtarbeitsverträgen (GAV) ist per Anfang Jahr der Mindestlohn gestiegen. Stimmt dein Lohn? Kontrolliere es unter www.gav-service.ch



Frauen auf Fussgängerstreifen: Genf halbiert die Strichmännchen

In der Stadt Genf lebten am 31. Dezember 2018 just 201 818 Menschen. Die sogenannte «ständige Wohnbevölkerung» setzte sich aus 104 871 Frauen und Mädchen und 96 947 Männern und Buben zusammen. Frauenquote: 52 Prozent. Am 31. Dezember 2019 standen an Genfer Fussgängerstreifen 500 Schilder. Männerquote der darauf gezeichneten Figürchen: 100 Prozent. Das ändert sich jetzt. Die Genfer Stadtregierung lässt 250 Schilder ersetzen. Die neuen Schilder zeigen Frauen mit Babybauch, ältere Frauen mit Gehstock, zwei Frauen Hand in Hand, Frauen mit Locken, dünnere und dickere Frauen. Die Hälfte der

Strichmännchen wird durch Frauen ersetzt. Die Genfer Stadtregierung will damit die Sichtbarkeit der Mehrheit der Bewohnerinnen und Bewohner erhöhen. Und zusätzlich ein bisschen wenigstens auch die Vielfältigkeit der Gesellschaft abbilden.

SNHAPPATMUNG. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Doch nicht für alle: zum Beispiel für einen Journalisten, der meinte, die männlichen Piktogramme könnten auch Frauen darstellen, weil «manche Frauen flachbrüstig sind». Keine Ironie! Und bei den notorischen Wutbürgern, denen die Verlage in den Online-Kommentarspalten

klickleischend so gerne Platz einräumen, setzte augenblicklich kastrationsängstliche Schnappatmung ein. Für ein paar Stunden liessen die Kommentiermännchen wegen der halbierten Strichmännchen sogar von Klimaaktivistin Greta Thunberg ab. Sonst als Hassobjekt hoch im Kurs. Übrigens: Es ist nicht das erste Mal, dass die Stadt Genf in jüngster Zeit die öffentliche Sichtbarkeit von Frauen erhöhte. Zum Frauenstreik vom 14. Juni 2019 widmete sie 100 Strassen zusätzlich berühmten Frauen. Bis dahin waren nur 41 nach Frauen benannt – und 548 nach Männern. (cs)

Wohnbau-Initiative: Gegner greifen zu schmutzigen Tricks Der 777-Millionen-Schwindel

Am 9. Februar stimmen wir über die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» ab. Die Umfragen sind knapp. Die Immobilienspekulanten nervös und fies.

CLEMENS STUDER

Die Initiative des Schweizer Mieterinnen- und Mieterverbandes will drei Sachen: ● Gesamtschweizerisch sollen mindestens 10 Prozent aller neu gebauten Wohnungen Trägerschaften des gemeinnützigen Wohnungsbaus gehören. Dafür soll der Bund gemeinsam mit den Kantonen sorgen. ● Der Bund soll Kantonen und Gemeinden erlauben, ein Vorkaufsrecht für geeignete Grundstücke einzuführen. ● Der Bund räumt den Kantonen und Gemeinden ein Vorkaufsrecht ein, wenn Grundstücke des Bundes oder bundesnaher Betriebe wie SBB, Post und Swisscom zum Verkauf stehen.

GROSS-SPEKULANTIN SBB

Vor allem auch der letzte Punkt würde eine spürbare Entlastung vom Spekulationsdruck bringen. Die SBB sind unter Noch-CEO Andreas Meyer zu einer massiven Treiberin der Immobilienspekulation geworden. Während die Infrastruktur des Kerngeschäfts an allen Ecken und Ende lödelet, überbauen die SBB immer mehr ihrer nicht mehr für den Bahnbetrieb benötigten Flächen mit Luxusbauten. Einen Grossteil dieses Landes haben sie im Laufe ihrer Geschichte von der öffentlichen Hand gratis oder günstig erhalten. In den vergangenen Jahren sind die SBB zur Nummer zwei des Schweizer Immobilienmarktes aufgestiegen. Hinter dem Versicherungskonzern Swisslife, aber noch vor der Swiss Prime Site, der grössten börsenkotierten Immobilienfirma.

3 MILLIONEN SCHWINDEL-FLYER

Die moderate Wohnbauinitiative stösst in Umfragen auf gute Zustimmung. Die Panikmache der Immobilienspekulanten, vertreten durch den Hauseigentümerverband und rechte Politikerinnen und Politiker, schlägt nicht so an, wie von diesen erhofft. Die Menschen merken, dass bei einer 10-Prozent-Quote für gemeinnützige Wohnungen nicht von einer «Verstaatlichung des Wohnungsmarktes» geredet werden kann. Darum greifen jene jetzt zu schmutzigen Tricks. Sie liessen 3 Millionen Flyer drucken und an die Haushalte verteilen. Darin schreiben sie von «777 Millionen Franken Verlusten des Bundes seit den 1990er Jahren mit Wohnbaudarlehen». Das ist nicht einfach Äpfel mit Birnen verglichen, sondern eine bewusste Irreführung der Stimmenden. Denn die 777 Millionen Franken haben weder mit dem heutigen Wohnraumförderungsgesetz zu tun und schon gar nicht mit der aktuellen Initiative. Sondern mit dem Gesetz zur Wohnbau- und Eigentumsförderung (WEG).

Schuld am Millionenabschreiber auf Bürgschaften war das WEG, ein bürgerliches Puschgesetz. Und an die damit geschaffenen Geldtöpfe kamen insbesondere private und

kommerzielle Anbieter heran. Die verspekulierten sich massiv – und als die Immobilienblase in den 1990er Jahren platzte, musste der Bund für viele Bürgschaften geradestehen. Darum wurde das WEG abgeschafft und bereits vor 17 Jahren durch das Wohnraumförderungsgesetz (WFG) ersetzt. Mit diesem werden ausschliesslich noch gemeinnützige Wohnbauträger unterstützt. Unter dem Strich kostet die heutige Wohnbauförderung des Bund quasi nichts.

UMVERTEILUNGSMASCHINE

Die Angst der Immobilienspekulanten ist eine um ihr Geschäft: Es geht um Milliarden – und von denen wollen sie offensichtlich nicht einmal bescheidene 10 Prozent abgeben. Alle Wohnimmobilien der Schweiz sind zusammen rund 3100 Milliarden Franken wert und bringen den Besitzerinnen und Besitzern eine Nettocashrendite (ohne Wertsteigerung) von 3,6 Prozent. Auf diese

Die Wohnbauinitiative macht die Spekulanten nervös.

Zahlen kam die Immobilienberatungsfirma «Wuest Partner». Das heisst: die Immobilienbesitzenden kassieren einen Profit von rund 110 Milliarden pro Jahr. Und noch einmal 100 Milliarden kommen als Wertsteigerung dazu. Die Rechnung ist zwar nicht ganz präzise, weil sie nicht berücksichtigt, dass fast 40 Prozent der Menschen in der Schweiz im eigenen Haus oder in einer Eigentumswohnung leben. Und auch nicht, dass nicht alle Wohnungen zu Marktpreisen vermietet werden. Aber auch so bleibt der Wohnungsmarkt in der Schweiz eine Umverteilungsmaschine von unten nach oben. Die Wohnbauinitiative will hier ein bisschen Sand ins Profitgetriebe streuen. Das macht die Spekulanten so nervös.

Schutz vor Homo-Hass

Hass gegen Lesben, Schwule und Bisexuelle ist heute in der Schweiz ungestraft erlaubt. Das könnte sich ändern, wenn bei der Abstimmung am 9. Februar der neue Diskriminierungsschutz angenommen würde: Wer gegen Homosexuelle hetzt, sie systematisch herabsetzt oder gar zu Gewalt aufruft, soll künftig mit einer Geldstrafe oder einer Freiheitsstrafe von bis zu 3 Jahren belangt werden. Dabei geht es nicht um den Schutz von Einzelpersonen, denn diese können sich, wie alle anderen auch, schon heute rechtlich gegen persönliche Beleidigungen oder Angriffe wehren. Die neue Strafnorm greift nur dort, wo in der Öffentlichkeit gegen Homosexuelle als ganze Gruppe gehetzt wird.

HARDLINER. Ende 2018 erweiterte das Parlament die bereits bestehende Rassismustrafnorm um das Merkmal der «sexuellen Orientierung». Den rechten Parteien EDU und SVP passte das aber nicht, und deshalb kommt die Vorlage jetzt an die Urne.



HOCH HINAUS: Der Schweizer Wohnungsmarkt ist eine Umverteilungsmaschine von unten nach oben. Die Wohnbauinitiative will hier Gegensteuer geben. Im Bild der Jabee-Tower in Dübendorf ZH, der höchste Wohnturm der Schweiz. FOTO: KEYSTONE



TRAUERSPIEL: Donald Trump in einem Kinderspital in Ohio. Während seiner Präsidentschaft ist der Anteil der Menschen, die keine Krankenversicherung haben, von 10,9 auf 13,7 Prozent gestiegen. FOTO: GETTY

Nobelpreisträger Joseph Stiglitz demonstriert Trumps Politik

Trump schrottet die USA: Die Fakten

Ist Donald Trump gut für die US-Wirtschaft? Nein, sagt US-Ökonom Joseph Stiglitz. Und rechnet vor – auf einem A4-Blatt.

RALPH HUG

Grosse Trump-Show in Davos. Der US-Präsident wollte der Wirtschafts- und Politelite weismachen, seine Politik sei die beste aller Zeiten. Und das tönte so: Jetzt sei das grosse amerikanische Comeback gestartet. Die USA erlebten einen Boom, den es so auf der Welt noch nie gegeben habe. Es werde massiv investiert, und noch viel mehr Investitionen würden kommen. Er habe sieben Millionen Jobs geschaffen, die Arbeitslosigkeit liege auf einem Rekordtief. Auch Schwarze und Frauen würden heute so einfach Arbeit finden wie überhaupt nie. Die grössten Gewinne seiner Wirtschaftspolitik würden die Armen einfahren. Fazit: Ich bin der Grösste, und uns geht es sehr gut.

LÖHNE DÜMPELN

Die Wahrheit erfuhren die WEF-Gäste aus einem A4-Blatt von US-Ökonom Joseph Stiglitz (siehe Kasten rechts). Der Wirtschaftsnobelpreisträger liess es im Publi-

Seit zwei Jahren sinkt in den USA die Lebenserwartung.

kum kursieren. Titel: «War Trump gut für die US-Wirtschaft?» Klare Antwort: Nein. Stiglitz listet desaströse Tatsachen auf und kommt zum Fazit: Trumps angeblicher Wirtschaftsboom ist nur einer für die Reichsten der Reichen. Für alle andern bleibt wenig übrig.

Und so sieht die Realität in den USA aus: Der mittlere Lohn für vollzeitarbeitende Arbeitnehmer liegt immer noch mehr als 3 Prozent unter dem Niveau von vor 40 Jahren. Schwarze Arbeiterinnen und Arbeiter verdienen weiter-

hin weniger als drei Viertel der weissen. Anders als von Trump behauptet, gingen die Investitionen sogar zurück, im dritten Quartal 2019 um 0,6 Prozent. Auch das Wirtschaftswachstum fällt mit nur 2,1 Prozent mies aus. Mieser als unter Ex-Präsident Barack Obama.

Trump hatte grossspurig 4 bis 6 Prozent Wachstum versprochen. Seine Steuerersenkungen sollten eine Welle von Investitionen auslösen. Stattdessen führten sie zu Aktienrückkäufen in nie dagewesener Höhe im Umfang von 800 Milliarden Dollar. Davon profitieren nur Manager und die Aktionäre, die immer reicher werden.

Die Staatskasse leidet wie noch nie. Im Haushaltsjahr 2019 verzeichnen die USA ein Rekorddefizit von fast einer Billion Dollar. Der Schuldenberg wächst. Im

Trump hat 700 000 von Armut Betroffenen die Essensmarken gestrichen.

Ausland ist das Land mit Krediten von fast 500 Milliarden Dollar pro Jahr verschuldet. Unter Trump ist die Nettoverschuldung in nur einem Jahr um mehr als 10 Prozent angestiegen. Auch Trumps Versprechen, Industriejobs ins Land zurückzuholen, war hohl: Die Beschäftigung in der produzierenden Industrie hat weniger stark zugenommen als unter Obama nach der Finanzkrise. Und das Tempo, mit dem neue Arbeitsplätze geschaffen werden, ist ebenfalls geringer als während Obamas Regierungszeit. Das alles rechnet Joseph Stiglitz haarklein vor.

IMMER WENIGER VERSICHERTE

Geradezu pervers ist Trumps Lüge, die Armen seien die Gewinner seiner Politik. Das Gegenteil ist der Fall: Trump hat 700 000 Betroffenen die Essensmarken gestrichen. Werden die Pläne seiner Verwaltung umgesetzt, steigt die Zahl noch auf 2,2 Millionen Haushalte. Auch habe kein Präsident mehr dafür getan, Personen aus der Krankenversicherung zu werfen, sagt Stiglitz. In nur zwei Jahren ist der Anteil

der Unversicherten von 10,9 auf 13,7 Prozent gestiegen. Viele US-Bürgerinnen und Bürger kommen durch Alkohol, Drogen und Suizide um. Sie sterben den «Tod aus Verzweiflung», wie dies Fachleute nennen. Die Lebenserwartung sinkt seit zwei Jahren. Ex-Weltbank-Chefökonom Stiglitz sagt dazu: «Mir ist eine derartige gesundheitliche Verschlechterung ausserhalb von Kriegen bisher erst einmal begegnet.» Nämlich, als die Sowjetunion nach ihrem Zerfall wirtschaftlich abstürzte.

Die Wahrheit über die Trump-Wirtschaft ist nichts als verheerend. Ob das die in Davos versammelte Elite begriffen hat? Wohl kaum. Alle wissen zwar, dass Trump ein notorischer Prahler und Bluffer ist. Dennoch erhielt er viel Applaus.

Kapitalismus-Kritiker: Rettet den Markt!

Der ungezügelter Kapitalismus frisst sich selber auf. Davon ist Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz überzeugt.



Joseph Stiglitz.

Deshalb muss die Marktwirtschaft durch strikte Regeln gerettet werden, fordert er: «Dazu ist es nicht zu spät.» Der 77jährige US-Ökonom lehrt an der Columbia University in New York und ist ein

Kritiker von Trump & Co. Aber auch von übermässiger Marktmacht: Die Tech-Giganten Google und Amazon würde er am liebsten zerschlagen, den Lohnschutz verbessern und die soziale Sicherheit ausbauen.

GEGENSTIMME. Er hat nichts mehr als ein sozialdemokratisches Programm. Doch dank seinen vielen Beiträgen in den Zeitungen und Medien ist Stiglitz zur prominenten Gegenstimme gegen den ökonomischen Mainstream geworden. (rh)



la suisse existe
Jean Ziegler

CHAOS IN BOLIVIEN

Es war der 1. Mai 2007. Ein kühler Herbstabend in der bolivianischen Hauptstadt La Paz. Ein paar ausländische Gäste hatte Staatspräsident Evo Morales in den Festsaal des Palastes eingeladen. Plötzlich stand ich neben zwei Generälen in der dunkelgrünen Uniform des Regiments Condor. Diese Spezialeinheit der bolivianischen Armee ist verantwortlich für die Ermordung Che

«Die Wahrheit, die einmal erwacht ist, kehrt nie wieder zum Schlaf zurück.»

JOSÉ MARTÍ

Guevaras und Tausender Gewerkschafterinnen und Bauern des Landes. Ich wandte mich

erschreckt ab. Evo hatte meine Reaktion beobachtet. Leise, aber lächelnd sagte er zu mir: «Compañero, wenn Washington diesen zwei Männern grünes Licht gäbe, würden sie mich mit Vergnügen umbringen.»

DER PUTSCH. An diesen Abend dachte ich zurück, als im letzten November nach der umstrittenen Wiederwahl von Morales als Präsident Boliviens der Neofaschist Luis Fernando Camacho aus der Tieflandmetropole Santa Cruz de la Sierra einen Staatsstreich organisierte. Evo und seine engsten Mitkämpfer flohen nach Mexiko, Jeanine Añez, zweite Vizepräsidentin des Senats und Marionette Camachos, zog in den Präsidentenpalast ein. Seither herrscht Chaos in Bolivien. Bolivien beherbergt Kinder und Enkel deutscher und kroatischer Nazis. Sie wurden reich durch die Kontrolle der Erdgasausbeutung im Tiefland und besitzen riesige Ländereien. Als katholische Rassisten haben sie die Wahl von Evo Morales, einem Angehörigen des indianischen Volkes der Aymara, im Dezember 2005 nie akzeptiert. Für sie war es eine Provokation, dass sich Morales am 8. Januar 2006 in den Ruinen von Tiwanaku, der ehemaligen Hauptstadt der Aymara, von traditionellen Würdenträgern und erst vier Tage später in La Paz vom Kongress vereidigen liess. Aus der Ablehnung wurde Feindschaft, als Morales den wirtschaftlichen Umbruch vollzog: Am 1. Mai 2006 wurden 221 private Erdöl-, Minen- und Erdgasunternehmen in Gesellschaften verwandelt, die 80 Prozent ihrer Einnahmen dem Staat abgeben mussten.

NULL HUNGER. Bis dahin galt Bolivien nach Haiti als das ärmste Land Lateinamerikas mit einer Unterernährungsrate von 35,2 Prozent. Tausende Kinder starben jährlich an Hunger. Deshalb war die erste Massnahme, die Morales ergriff, die Bekämpfung des Hungers. Weil ich Sonderbeauftragter der Uno für das Recht auf Nahrung war, lud er mich ein, ihn beim Plan «Hambre cero» (Hunger null) zu unterstützen. Dank der nunmehr staatlichen Einnahmen aus der Rohstoffausbeutung war die Unterernährung innerhalb von sechs Jahren besiegt. Das wird die grosse Mehrheit der bolivianischen Bevölkerung – 65 Prozent sind Angehörige indianischer Völker – nicht vergessen. Morales war der erste Präsident dieser Mehrheit, die bis zu seiner Wahl wirtschaftlich, sozial und juristisch diskriminiert und ausgebeutet wurde. Der kubanische Poet José Martí schrieb: «Die Wahrheit, die einmal erwacht ist, kehrt nie wieder zum Schlaf zurück.» Im Erwachen der bolivianischen Indianer liegt eine ungeheure Kraft. Sie werden sich nicht wieder unterwerfen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch ist: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**



ROSIE TANZT: Flashmob à la Rosie the Riveter, die populäre Kunstfigur der Industriearbeitenden, als Protest gegen Macrons Rentenreform, hier in der südfranzösischen Stadt Toulouse. FOTO: GETTY

Frankreich: Präsident Macron probt die neoliberale Diktatur Mit Flashmobs gegen die Regierung

Die meisten Bahnen fahren wieder in Frankreich. Der Streik stottert, doch der Widerstand gegen Präsident Emmanuel Macron wächst.

OLIVER FAHRNI

Plötzlich waren da Frauen, viele Frauen in blauen Übergewändli, mit Handschuhen und roten Stirnbändern. Wie das feministische Symbol Rosie the Riveter, die populäre Kunstfigur der internationalen Industriearbeitenden. Sie tanzten und sangen zur Melodie eines Schlagers von 1967: «Wegen Macron rufen wir: Revolution!»

Solche Flashmobs, die irgendwo auf- und schnell wieder abtauchen, gehören zu den neuen Protestformen in Frankreich. Mit ihnen ringt die Bevölkerung gegen die Rentenreform und

«Emmanuel Macron will den Gewerkschaften eine grosse Niederlage zufügen.»

ROMARIC GODIN, PUBLIZIST

andere Zumutungen von Präsident Emmanuel Macron. Schon seit dem 5. Dezember dauern die Streiks an. Sieben Wochen sind lang, das geht an die Nerven und ans Portemonnaie. Viele Eisenbahner fahren wieder. Gezugungenermassen. Manchmal im Bummelstreik. Oder mit Kampfdurchsagen. Die grossen Demos werden immer runter und härter. Die Kampfformen radikaler. Seit Wochen sendet Radio France meist nur noch Gedudel, weil die Radiomachenden streiken. 1100 Spitalärztinnen und -ärzte schrieben eine kollektive Kündigung. Elektrizitätswerk-Mitarbei-

tende legten Stromnetze lahm. Hunderte von Anwältinnen und Richtern warfen ihre Roben weg. Docker setzten Frachter und Fähren fest.

Was wirklich hinter Macrons Rentenreform steckt, enthüllt jetzt eine Zahl: 68 Prozent der Menschen über 60 Jahren haben in Frankreich weder Job noch Lohn. Das publizierte dieser Tage der französische Rechnungshof, das oberste staatliche Finanzkontrollorgan, in einem Alarmschreiben wegen der stark steigenden Altersarmut (plus 157 Prozent seit 2010). Das ist die Folge von acht Rentenreformen in den letzten 20 Jahren.

Macrons Erhöhung des Rentenalters dient also dazu, möglichst viele Ältere in die Armenhilfe (786 Euro pro Monat, rund 830 Franken) abzuschieben. Vor allem aber will er die Jüngeren zwingen, sich privat fürs Alter zu versichern. Der US-Finanzfonds Black Rock, (6840 Milliarden Dollar Vermögen = 10 Mal das BIP der Schweiz) hat Macron beraten. Banken und Versicherer (Axa usw.) starren bereits begierig auf die vielen Milliarden, die diese Privatisierung der Altersvorsorge in ihre Tresore spülen wird. «Unsinns», sagt Macron, «ich will keine Kapitalisierung der Rente.» Er lügt; in Artikel 64 des Entwurfs wird genau dies als Ziel genannt.

KAMPF GEGEN SOLIDARITÄT

Das ist Neoliberalismus brutal. Vor einer Streikversammlung der Eisenbahner im Pariser Bahnhof Montparnasse sagte der französische Philosoph Jacques Rancière: «Die Mächtigen wollen keine Altersvorsorge, die das Resultat einer kollektiven Solidarität ist. Ihre Zerschlagung ist für sie eine entschei-

dende Schlacht – und soll ein entscheidender Sieg werden.»

IM DAUERAUFRUHR

Tatsächlich sieht Macron seinen «Thatcher-Moment» gekommen. Margaret Thatcher, die eisige britische Regierungschefin (1979–1990), zerschlug 1984 den Streik der Minenarbeiter mit militärischer Brutalität – und damit die britische Gewerkschaftsbewegung. So setzte sie die neoliberale Revolution durch, die Millionen Britinnen und Briten bis heute in Elend und Unsicherheit hält. Samt Brexit und Boris Johnson, dem heutigen Premier.

Was für Thatcher die Mineure waren, ist für Macron die Altersvorsorge. Er liess seinen Premierminister Edouard Philippe ausrichten: «Wir setzen das durch!» Der französische Publizist Romaric Godin notiert in seinem eben erschienenen Buch: «Macron führt einen sozialen Krieg. Jede Gegenmacht aus der Arbeitswelt muss gebrochen werden. Der Präsident will die Gewerkschaften eine grosse, entscheidende, öffentliche Niederlage zufügen, die den Weg in einen autoritären Neoliberalismus freimacht.»

Streikpiketts lässt Innenminister Christophe Castaner jetzt brutal auflösen. An Demos hat die Polizei Dutzende von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern schwer verletzt.

Die Spannung in einer Gesellschaft zu schüren ist auch eine Regierungsform. Frankreich befindet sich seit November 2017 im Daueraufbruch. Minister meiden öffentliche Auftritte. Macron selbst musste bei einem Theaterbesuch in Paris von der Polizei evakuiert werden. Um solche Dinge macht er, der zündelt, ein grosses Gewese.

Krach bei den Gewerkschaften: Monsieur Berger und sein Chef Zwei, die sich verzockt haben

Das grösste Handicap der französischen Gewerkschaften: der CFDT. Dieser Gewerkschaftsverband versucht immer wieder, die Bewegung zu spalten.

OLIVER FAHRNI

Erstaunlich: Je länger die Protestbewegung gegen die Rentenreform anhält, umso stärker wird die Unterstützung der Bevölkerung für die Streikenden. Selbst in der neuesten Umfrage eines betont gewerkschaftsfeindlichen TV-Senders wünschten 61 Prozent der Befragten, Präsident Macron solle die Reform schlicht und

einfach kompostieren. Und dies gegen das intensive Propagandagewitter der Regierung.

BERGER SCHMOLLT. Da hat sich Macron verzockt. Er dachte, Zeit und Überdross spielten für ihn. Und noch ein anderer hat sich vertan: Laurent Berger, Chef des Gewerkschaftsverbandes CFDT, der als stärkste Kraft aus den letzten Betriebswahlen hervorgegangen war. Die CFDT, die den Sozialisten (PS) nahestehen, spielte die Sache wie schon beim Arbeitsgesetz, bei der Abschaffung des Eisenbahnerstatus und überhaupt bei al-

len Vorlagen, die den Arbeitenden schaden: Sie spaltete die Bewegung, fiel der grossen CGT, der wankelmütigen Force ouvrière und der autonomen SUD in den Rücken und biederte sich als Partner der Regierung an.

BERGER SCHMOLLT. Da hat sich Macron verzockt. Er dachte, Zeit und Überdross spielten für ihn. Und noch ein anderer hat sich vertan: Laurent Berger, Chef des Gewerkschaftsverbandes CFDT, der als stärkste Kraft aus den letzten Betriebswahlen hervorgegangen war. Die CFDT, die den Sozialisten (PS) nahestehen, spielte die Sache wie schon beim Arbeitsgesetz, bei der Abschaffung des Eisenbahnerstatus und überhaupt bei al-



CFDT-Chef Laurent Berger. FOTO: ROSIE

Zwar schmolte Berger eine Zeitlang herum, weil der Präsident ihm zu wenig hofierte. Am Ende bekam er seine Smarties bei der Staffellung des Rentenalters, feierte das

Einknicken als «Sieg» und liess gar durchblicken, er sei einer der Väter der Reform. Da hatte ihn selbst die Kaderorganisation CFE-CGC links überholt. Ihr Präsident François Hommeril rief zur Demo am 24. Januar: «Macron lügt. Die Perversion so weit zu treiben wie der Präsident, das gefährdet die Demokratie.»

Jetzt laufen der CFDT Mitglieder davon. Und ihre Zentrale wurde zweimal kurz von Streikenden besetzt. Beim zweiten Mal waren es Stromer von der CGT. Sie nahmen die CFDT kurzherauf vom Netz. Ein Abgeordneter Macrons nannte es «Terrorismus».

Filmemacher Samir fiebert mit der neuen irakischen Jugendbewegung mit und sagt: «In Bagdad herrschen 68er Zeiten»

Seit 4 Monaten rebelliert die irakische Jugend gegen die religiösen Machthaber im Land – und gegen die Einmischung der USA und Irans. Eine Bewegung, die es so noch nie gegeben hat, sagt Filmemacher Samir.

PATRICIA D'INCAU

Samir, im Irak protestieren gerade Tausende Menschen gegen die Regierung. Was ist da los?

Auf dem Tahrir-Platz in der Hauptstadt Bagdad herrschen ein bisschen 68er Zeiten: Die Jungen singen «Bella ciao» mit eigenen Texten, zeichnen Karikaturen, malen Wandbilder, es gibt Theater, Kunst, Musik. Das macht die Proteste auch so aussergewöhnlich.

Zu Beginn forderten die Demonstrierenden: «Schluss mit der Korruption!» Die Polizei versuchte, die Bewegung niederzuschlagen. 500 Menschen sind inzwischen tot, etwa 20 000 verletzt. Aber es ist etwas Interessantes passiert: Die Demonstrantinnen und Demonstranten wurden selber nicht auch gewalttätig, aber sie änderten ihre Forderung in: «Die Regierung muss weg!» Woche für Woche verfeinerten sie diese Parole, konkretisierten sie. Jetzt heisst es: «Wir brauchen eine neue Verfassung!» Oder: «Wir brauchen einen unabhängigen Gerichtshof!»

Und wer sind diese Unzufriedenen?

Es sind vor allem junge Menschen zwischen zwanzig und dreissig. Viele von ihnen sind gebildet und haben studiert. Weil es im Irak aber keine Arbeit gibt, schlagen sie sich mit Gelegenheitsjobs durch.

Also Jugendliche aus der Mittelschicht?

Bei weitem nicht nur! Ein grosser Teil der Demonstrierenden kommt aus der Unterschicht. Das sind Menschen, die nicht zur Schule gingen, sondern schon als Zehnjährige Geld verdienen mussten. Dass sich diese jungen Menschen – ob aus der Mittel- oder aus der Unterschicht – miteinander verbunden haben und Seite an Seite protestieren, das ist schon speziell!

Wie kam das?

Anfang Oktober demonstrierten in Bagdad Tausende Hochschulsolventinnen und -absolventen, weil es im Irak für sie fast unmöglich ist, einen Job zu finden. Ihre Demonstration wurde brutal niedergeschlagen. Es gab viele Verletzte. Da das in der Nähe eines Armenquartiers geschah, kamen von dort die Tuktuk-Fahrer mit ihren dreirädrigen Töffs, um die Menschen ins Spital zu bringen. Die Tuktuks sind die Taxis der ärmeren Leute. Weil sie die Demonstrierenden halfen, wurden sie dann ebenfalls von der Polizei attackiert. Mit dem Resultat, dass die Fahrer selbst auf die Strasse gingen, um gegen die Polizeigewalt zu demonstrieren. Auch ihren Protest schlug die Polizei nieder. Noch brutaler. Es gab die ersten Toten.

Das wiederum passierte in der Nähe von Karrada, dem Kunst- und Kulturviertel von Bagdad. Die Menschen dort sind langjährige Aktivistinnen und Aktivisten. Sie schlossen sich den Protesten der Tuktuk-Fahrer an und verbreiteten die Bilder von der Polizeigewalt im Internet. Diese gingen wie ein Feuer durch den ganzen Irak. Und plötzlich waren alle gemeinsam auf der Strasse: die Studierenden, die Kulturaktivistinnen und -aktivisten, die Mittelschicht und die Unterschicht.

Filmemacher Samir: Bagdad – Zürich – Bagdad und retour



FOTO: DANIEL RHMS / 13 PHOTO

Samir wurde 1955 in Bagdad geboren. Der Vater war Iraki, die Mutter Schweizerin. Als Samir 6 Jahre alt war, zog die Familie in die Schweiz. Nach einer Lehre als Typograph wurde er Kameramann und Regisseur. In seinem Dokumentarfilm «Iraqi Odyssey» zeichnete er 2014 die Geschichte seiner Familie und jene des Iraks nach. Samirs aktueller Film «Bagdad in my Shadow» läuft zurzeit im Kino. (pdi)



«WIR SIND ALLE IRAKI»: Aus den Jugendprotesten ist im Irak eine landesweite Volksbewegung gegen religiöse Parteien und Korruption geworden, so auch in der Stadt Basra (oben). Auf dem Tahrir-Platz in Bagdad hat die Protestbewegung ihr eigenes Zelt Dorf eingerichtet (links). FOTOS: GETTY

das habe ich noch nie so gesehen. Die Bewegung agiert in Selbstorganisation, sie hat ihr eigenes Kommunikationsnetz aufgebaut. Ihr eigenes Zelt Dorf auf dem Tahrir. Der Platz ist jetzt seit vier Monaten quasi besetzt. In der Grösse etwa der Berner Innenstadt.

Die Lösung der Tahrir-Gemeinschaft lautet: «Wir sind alle Iraki.» Und das ist nicht nationalistisch gemeint. Sondern heisst: Wir sind nicht Schiiten, wir sind nicht Sunnitinnen, wir sind nicht Christen, wir sind nicht Kurdinnen. Sondern alles Iraki, und wir wollen uns nicht mehr spalten lassen. Das ist eine ganz klare Abgrenzung von den religiösen Parteien.

Und die Bewegung wehrt sich auch klar gegen die Einmischung Irans und der USA. Da ist sie radikal. Sie wollen einen unabhängigen Irak, ohne Korruption und Machtkämpfe.

Eine Volksbewegung, die offenbar auch putzt?

Ja! Nach der ersten Protestwoche fing sie an, selber aufzuräumen, weil es überall dreckig war. Zuerst wollten die Jungen nur die Tränengaspatronen wegräumen, die die Polizei auf sie geschossen hat. Aber bald schon räumten sie den ganzen Platz auf. Jetzt gibt es Putzkommandos in der ganzen Stadt. Sie sagen: «Wir müssen zu unserer Stadt schauen.» Sie kümmern sich,

das habe ich noch nie so gesehen. Die Bewegung agiert in Selbstorganisation, sie hat ihr eigenes Kommunikationsnetz aufgebaut. Ihr eigenes Zelt Dorf auf dem Tahrir. Der Platz ist jetzt seit vier Monaten quasi besetzt. In der Grösse etwa der Berner Innenstadt.

Die Lösung der Tahrir-Gemeinschaft lautet: «Wir sind alle Iraki.» Und das ist nicht nationalistisch gemeint. Sondern heisst: Wir sind nicht Schiiten, wir sind nicht Sunnitinnen, wir sind nicht Christen, wir sind nicht Kurdinnen. Sondern alles Iraki, und wir wollen uns nicht mehr spalten lassen. Das ist eine ganz klare Abgrenzung von den religiösen Parteien.

Und die Bewegung wehrt sich auch klar gegen die Einmischung Irans und der USA. Da ist sie radikal. Sie wollen einen unabhängigen Irak, ohne Korruption und Machtkämpfe.

Was unterscheidet die aufbegehrende Jugend denn von der Elterngeneration?

Sie sind in einem Irak aufgewachsen, der nichts mehr zu tun hat mit dem Irak ihrer Eltern. Sie wurden vielleicht noch in der Diktatur von Saddam Hussein geboren, aber erlebt haben sie sie nicht mehr. Sie kennen eigentlich nur den Irak, der von den USA besetzt wurde und später, als die schiitischen Politiker aus dem iranischen Exil zurückkamen, unter religiösen Einfluss gestellt wurde. Sie kennen einen Irak mit guten Privatschulen und Universitäten, in die die heutigen Machthaber ihre Kinder schicken. Einen Irak aber auch, in dem sonst nichts funktioniert: weder die Wasserversorgung noch die Elektrizität noch die Müllabfuhr. Einfach nichts.

Das kommt natürlich auch daher, dass die USA mit ihrer Invasion 2003 alles zerstört haben.

Für die Jungen sind die Amerikaner deshalb schlicht die Eindringlinge. Niemand ist proamerikanisch. Aber sie halten auch nichts von Iran und nichts von den irakischen Machthabern. Nichts von ihrer Politik, die stark von der Religion geprägt ist. Gleichzeitig sind diese Jungen auch Teil der globalisierten Gesellschaft. Wachsen mit Dutzenden Fernsehendern auf, mit Smartphones. Sie wissen, was draussen in der Welt passiert.

Die Proteste richten sich also auch gegen die Religion?

Das ist das wirklich Revolutionäre an dieser Jugendbewegung: Sie sind gegen den Einfluss

«Die USA haben mit ihrer völkerrechtswidrigen Invasion 2003 im Irak alles zerstört.»

der Religion in die Politik. Das bedeutet nicht, dass die einzelnen, die da mitmachen, nicht religiös wären. Aber sie haben gesehen, dass die religiösen Politiker genauso korrupt sind wie die anderen. Und sie hinterfragen die traditionellen Regeln, etwa zwischen Mann und Frau. Die religiösen Führer sagen ja, dass junge Frauen so und so sein müssen, sonst seien sie Prostituierte. Das akzeptieren die protestierenden Jungen nicht mehr. Sie können diese Führer einfach nicht mehr ernst nehmen.

Ist die irakische Bewegung auch feministisch?

Es ist nicht so, dass jetzt die Gleichheit der Frau an der obersten Stelle steht. Aber: Die Ju-

gendlichen aus den Unterschichten, die gelernt haben, dass ein Mann besser sei als eine Frau, haben auf einmal mit jungen Aktivistinnen zu tun, die kein Kopftuch tragen, aber sich für sie einsetzen. Das wiederum ermutigte auch Tausende Frauen aus den Armenquartieren dazu, auf die Strasse zu gehen. Mit Kopftuch und Abaya! Und die Parole war: Wir sind für unsere Schwestern und unsere Brüder, und wir sind alle gleich.

Es gibt auf dem Tahrir übrigens auch Patrouillen, Aktivistinnen, die schauen, dass die Frauen nicht sexuell bedrängt werden.

Das tönt kompliziert...

...ist es auch!

Sie sagen, im Irak funktioniere nichts, aber er ist doch ein reiches Land mit den grössten Ölvorkommen der Welt!

Ja. Und das irakische Öl ist immer noch verstaatlicht. Zwar haben die USA versucht, das zu privatisieren, aber der Protest in der Bevölkerung war zu stark. Heute sind im Irak vor allem englische, französische, russische und chinesische Firmen im Geschäft. Sie können sich Förderlizenzen für Öl kaufen, aber alles läuft über die irakische Regierung.

Stellen Sie sich vor: Jedes Jahr verdient der Irak etwa 100 Milliarden Dollar mit Erdöl. Bei all diesem Geld, das da in den letzten Jahren geflossen ist, hätte der Irak eine prima Infrastruktur aufbauen können. Doch das Geld ist einfach verschwunden. Und das wissen die Leute. Auch die Protestierenden wissen es. Die Regierung wird von ihnen deshalb nur noch «Haramyin» genannt, «Diebe».

Wer sind denn diese Machthaber?

Es gibt im Irak keine einheitliche und starke Regierung. Aber es gibt verschiedene Fraktionen, die sich den Staat quasi aufgeteilt haben. Der

Irak: Chronologie

Mit 38 Millionen Einwohnern gehört der Irak zu den fünf grössten Ländern der arabischen Welt. 97 Prozent der Bevölkerung sind muslimisch. Über 60 Prozent sind Schiiten und zwischen 32 und 37 Prozent Sunniten, darunter die meisten muslimischen Kurden.

1958 Unabhängigkeit: Sturz des probritischen Königs, Ausrufung der Republik.

1968 Die Baath-Partei kommt an die Macht: sie verbindet arabischen Nationalismus und revolutionären Säkularismus mit den Elementen eines Sozialismus. Saddam Hussein leitet in der neuen Regierung die Verstaatlichung westlicher Ölfirmen ein und entwickelt das Land zu einer regionalen Militärmacht.

1979 Saddam Hussein wird Staatspräsident und Regierungschef.

1980 Erster Golfkrieg. Saddam Hussein, vom Westen und den USA unterstützt, lässt Iran angreifen.

1990 Zweiter Golfkrieg. Irak besetzt Kuwait. Zwischen Januar und März 1991 vertreibt eine US-geführte Koalition Saddams Truppen aus Kuwait. Die Uno verhängt ein Embargo gegen den Irak. Die Gesundheitsversorgung bricht zusammen, Tausende sterben.

2003 Beginn des völkerrechtswidrigen Irakkriegs. Die Truppen der USA und Grossbritanniens besetzen (unter falschen Beschuldigungen) das Land. Saddam wird festgenommen und 2006 hingerichtet.

2010 Der Grossteil der US-Kampfruppen verlässt den Irak. **2014** Der IS ruft im Irak das Kalifat aus. Die irakische Armee und schiitische Paramilitärs drängen den IS drei Jahre später schliesslich zurück.

2018 Bei den Parlamentswahlen gewinnen zwei unterschiedliche schiitische Listen vor der Liste des ebenfalls schiitischen Regierungschefs Haider al-Abadi. (pdi)

Süden wird zum Beispiel von drei grossen schiitischen Fraktionen kontrolliert, die alle mehr oder weniger von Iran beeinflusst werden.

Im Norden gibt es ein kurdisch regiertes Gebiet, das ist quasi ein Staat im Staat. Und das alles zeigt sich auch in der Hauptstadt Bagdad: Die schiitischen Fraktionen und die Kurden haben je ein eigenes Quartier, durch das du einfach nicht durchkommst. Sie sind abgeriegelt. Und sind nur für die jeweils «eigenen» Leute offen.

Wieso wissen wir im Westen eigentlich so wenig über den Irak?

Wir haben es hier mit einem Überlegenheitsdünkel des Westens zu tun. Die hier herrschende Meinung ist: Wir im Westen sind gebildet, wir sind zivilisiert – im Gegensatz etwa zu den Ländern im Nahen Osten. Dazu kommt, dass die westlichen Medien auch die immergleichen Stereotype reproduzieren. Über den Irak gibt es vor allem Kriegsbilder, Bilder von Zerstörung und Tod. Nie wird gezeigt, dass der Irak eigentlich ein grünes Land ist, mit Millionen von Bäuerinnen und Bauern. Fast nie ist die Zivilbevölkerung zu sehen. Und es ist auch kein Zufall, dass fast nie darüber geschrieben wird, dass es im Irak schon vor der Schweiz Fernseher gab.

Am diesjährigen «Reclaim Democracy»-Kongress des linken Think-Tanks «Denknetz» analysiert Samir zusammen mit der irakischen Schauspielern und Aktivistin Zahraa Ghandour die Jugendproteste im Irak. 27. Februar, 12 bis 14 Uhr im Volkshaus Zürich www.reclaim-democracy.org

Mit vereinten Kräften in die Zukunft.

Sunrise hat für die Unia die Mobiltelefonie neu aufgesetzt:

Diese wird die standort- und teamübergreifende Zusammenarbeit und einen direkteren Kontakt zu den Mitgliedern der Gewerkschaft Unia fördern. Sunrise freut sich, die Kommunikation zwischen rund 111 Standorten der Unia dank unserer Lösung Unlimited Mobile Workplace markant zu vereinfachen.



Mehr dazu auf
sunrise.ch/unia

Sunrise

Forscher Klaus Theweleit über Männer, Gewalt und Rechtsextremismus

Wie toxische Männlichkeit entsteht

Ein Kultbuch aus den 1970er Jahren ist wieder da: «Männerphantasien» von Klaus Theweleit. Es geht um Männergewalt und Rechtsextremismus. Und ist höchst aktuell.

RALPH HUG
Warum lachte der Massenmörder Anders Breivik, als er 2011 in Oslo 77 Menschen erschoss? Warum übertrug 2019 der neuseeländische Neonazi Brenton Tarrant seine Morde in den Moscheen von Christchurch mit einer Kamera live ins Internet? Und warum fand er, dass jetzt «eine Party» beginne, als er mit der Schlächtereie begann? Das sind unbequeme Fragen. Aber wichtige. Für solche ist der deut-



Klaus Theweleit.

schke Kulturforscher Klaus Theweleit (77) ein Fachmann. Als erster befasste er sich intensiv mit der Lust am Töten, wie sie ihm bei den rechtsex-

EINFACH NUR PERVERS?

Der Kulturforscher hatte die sogenannten Freikorps-Soldaten und ihre Zeugnisse unter die Lupe genommen. Das waren entwurzelte, verstörte und verängstigte Männer, die voller Hass auf Frauen, Linke, Revolutionäre und Juden waren. Im Grauen des Weltkriegs waren sie verroht und hatten keine moralischen Skrupel mehr, kaltblütig selbst Frauen und Kinder zu töten. Sie alle huldigten einer rechtsextremen Ideologie. Dies machte sie zu frühen Faschisten. Ohne die Freikorps-Banden wäre Hitler nicht an die Macht gelangt.

Theweleit fand heraus, dass sich diese «soldatischen Männer» einen dicken emotionalen Panzer zugelegt haben. Dieser erlaubte es ihnen, ohne Schuldgefühle zu töten. Ja sie emp-



RAMBOS: Entwurzelte, verstörte und verängstigte Männer, die voller Hass auf Frauen und Andersdenkende sind – unfähig zu Mitgefühl und Liebe. FOTO: GETTY

fanden sogar Lust dabei. Ist das einfach nur pervers? Nein, sagt Theweleit. Männlichkeitswahn habe es schon immer und überall gegeben. Aber die Hassgefühle und die Verachtung für Frauen und Linke hätten sich speziell bei diesen Freikorps-Soldaten entwickelt. Theweleit stellte die Frage nach dem Körper, dem Geschlecht, der Identität und den Phantasien dahinter. Damit schlug er einen komplett neuen Weg ein. Er gilt

Toxische Männer vergiften die sozialen Netzwerke.

dadurch als früher Vertreter der Männerforschung. Feministische Autorinnen haben später seine Befunde vertieft.

HASS UND GEWALT

Dank ihnen ist die toxische Männlichkeit heute in aller Munde. Damit sind Typen gemeint, die zur Gewalt gegen Andersdenkende, Flüchtlinge, Frauen, Minderheiten neigen. Die

harten Kerle, die Probleme durch Hassreden, Zuschlagen und Niederschiessen aus dem Weg räumen wollen. Sie sind unfähig zu Mitgefühl und Liebe. Und vergiften heute nicht nur die sozialen Netzwerke, sondern greifen immer zerstörerischer in die Realität ein. Siehe die Morde des Nazi-Netzwerks NSU in Deutschland, die Bomben der Jihad-Killer des IS in Paris oder jüngst der Mord am Kasseler CDU-Regierungspräsidenten Walter Lübcke, der sich für Flüchtlinge eingesetzt hatte.

BRANDAKTUELL

Theweleit fordert eine andere Männlichkeit: weniger zerstörerisch, weniger aggressiv, weniger angstbesetzt. Er hält es für wichtig, dass wir ein neues «Liebesleben» unter Zivilisierten gleich welchen Geschlechts und gleich welcher Religion finden. Das sei sogar wichtiger als der Klimaschutz, sagt er. Darüber lässt sich streiten. Doch unbestritten ist die Brisanz seiner Thesen angesichts der grassierenden Gewaltphänomene in

der Welt von Trump, Bolsonaro, Salvini & Co. Der heute 77jährige Theweleit sagt: «Leider ist mein Buch kein bisschen weniger aktuell, als es damals war.» Dabei hat er den berühmtesten Slogan der 68er Generation nicht vergessen – «Make love not war». Dieser ist simpel und einfach. Und trifft immer noch ins Schwarze.

Auf Youtube sind diverse Vorträge und Auftritte von Theweleit dokumentiert. Einfach seinen Namen in der Suchmaske eingeben.



Klaus Theweleit: Männerphantasien, Verlag Matthes & Seitz, Berlin 2019, ca. CHF 39.–.

work1xl der wirtschaft

Daniel Lampart



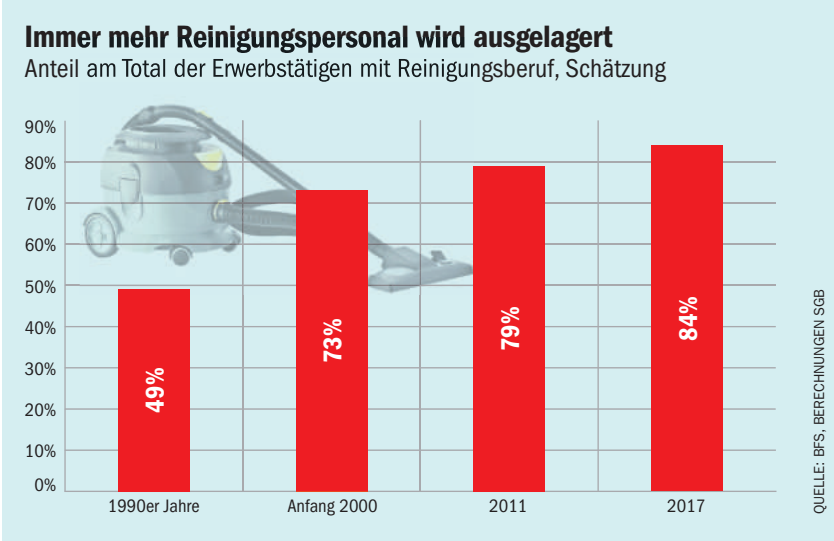
AUSLAGERUNGEN: MEHR LOHNDRUCK – WENIGER SOLIDARITÄT

Vor rund 30 Jahren sassen am Weihnachtessen einer grossen Firma auch der Hauswart oder das Reinigungs- und Sicherheitspersonal mit am Tisch. Heute feiern die meist akademisch ausgebildeten Bankangestellten unter sich und Reinigungsleute – wenn überhaupt – in der Reinigungsfirma. Denn diese und andere Tätigkeiten sind häufig ausgelagert.

REINE PROFITGIER. Diese Auslagerungen führen einerseits zu mehr sozialer Ungleichheit: denn eine Reinigungsangestellte bei einer Bank oder bei einer anderen Grossfirma hat rund 1000 Franken mehr Lohn als die Angestellte bei einer Reinigungsfirma. Andererseits verstärken sie die gesellschaftliche Entfremdung – wenn der Anlageberater sich seinem Kollegen in London näher fühlt als dem Hauswart, der im gleichen Dorf wohnt.

Diese Auslagerungen sind nur eine der Folgen des seit den 1990er Jahren verstärkten Profitdenkens in den Firmen. Der kurzfristige Gewinn steht im Zentrum. Risiken und Kosten werden möglichst ausgelagert. Das zeigt sich auch in der Entwicklung der Temporärarbeit. Diese hat sich seit Mitte der 1990er Jahre verfünffacht. Und Subunternehmen mit teilweise prekären Arbeitsbedingungen schossen wie Pilze aus dem Boden – namentlich im Bau. Neue Gefahren drohen über die sogenannte Plattformwirtschaft, wo Arbeitnehmende missbräuchlich als Selbständige beschäftigt werden.

MEHR SOLIDARITÄT. Wir müssen diese bedenklichen Entwicklungen stoppen. Damit alle, die in der Schweiz arbeiten, von ihrem Lohn leben können. Und damit die Solidarität in der Gesellschaft wieder besser spielt. Für die Gewerk-



schaften prioritär ist es, neue Missbräuche über die «Plattformwirtschaft» und die Scheinselbständigkeit zu verhindern. Die ausgelagerten Reinigungstätigkeiten sollten möglichst wieder in die

Firmen integriert werden. Die Kantone und Gemeinden müssen mit gutem Beispiel vorangehen.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

Jubiläums-Countdown Frauenstimmrecht

In der Schweiz ist das Frauenstimm- und Wahlrecht noch keine 50 Jahre alt. Erst am 7. Februar 2021 wird es so weit sein. Auf dieses Jubiläum hin plant der neue Verein CH2021 eine grosse Veranstaltung namens «Lebendige Geschichte». Aber schon jetzt ruft CH2021 alle einstigen und noch immer aktiven Stimmrechtskämpferinnen dazu auf, ihre Ideen, Erfahrungen und Erlebnisse einzubringen. Eingeläutet wird das Happening mit einem 366-Tage-Countdown am kommenden 7. Februar in Bern. Stimmrechtsaktivistinnen aller Generationen und Hintergründe sind zur Diskussion und zum Apéro geladen. Eröffnet wird der Anlass von CH2021-Präsidentin Zita Küng.



Lebendige Geschichte – erster Akt, 7. Februar, 17.15 Uhr, Generationenhaus, Spittelsaal, 3. OG, Bahnhofplatz 2, Bern

Versammlung Solidarische Landwirtschaft

Noch immer stammen die in Supermärkten feilgebotenen Gemüse und Früchte mehrheitlich aus haarsträubenden Produktionsverhältnissen. Denn im Konkurrenzkampf der industriellen Agrarunternehmen bleibt die Umwelt komplett auf der Strecke. Zudem setzen ganze Anbauregionen systematisch auf brutalste Ausbeutung von rechtlosen Landarbeiterinnen. Auch in der Schweiz erhalten Erntehelfer bloss miserable Tiefstlöhne. Um all das zu ändern, findet in Bern nun ein grosser und internationaler Landwirtschaftskongress statt. Eingeladen sind nicht nur Produzierende, sondern explizit auch Konsumentinnen und Konsumenten. Es sprechen unter anderen Biobäuerin und Nationalrätin Christine Badertscher, Arbeitssoziologin Sarah Schilliger, die Schweizer Bauerngewerkschaft Unerre und die berühmte Landarbeitergewerkschaft SAT aus Andalusien.

Versammlung Widerstand am Tellerand – für eine solidarische Landwirtschaft, 7. und 8. Februar, Kulturzentrum Progr, Waisenhausplatz 30, Bern. Eintritt nach freiem Ermessen. www.widerstand-am-tellerand.ch

Land-Grabbing Ansturm auf Ackerland

Warum exportiert ein von Hunger geplagtes Land Unmengen an Lebensmitteln? Diese Frage stellte sich Filmemacher Joachim Demmer, als er Äthiopien bereiste. Schnell zeigte sich: Ausländische Investoren haben sich riesige Ländereien unter den Nagel gerissen und die ansässigen Kleinbauern vertrieben. Demmer deckt ein kriminelles Geflecht von korrupten Lokaleliten und internationalen Konzernen auf. Was sofort bewaffnete Gruppen auf den Plan ruft. Entstanden ist ein preisgekrönter Dokumentarfilm über eine der grössten Bedrohungen für die Länder des Südens: der kommerzielle Ansturm auf Ackerland – das neue Gold in Grün.

Film Das grüne Gold, 6. Februar, 19 Uhr, Im Viadukt Bogen 11 und 12, Viaduktstrasse 65, Zürich. Freier Eintritt. Mit Referat zur Konzernverantwortungsinitiative von Thomas Braunschweig von Public Eye. www.rebrand.ly/das-gruene-gold



Das offene Ohr
Igor Zoric
vom Service Arbeitszeit beantwortet
Fragen zu Arbeitszeit und Arbeits-
zeiterfassung. Hotline 0848 240 240

Nachtzeitraum: Darf die Firma alleine bestimmen?

Ich arbeite in einem Industriebetrieb mit verschiedenen Schichtsystemen. Für das ganze Unternehmen gilt der Nachtzeitraum von 23 Uhr bis 6 Uhr. Kürzlich wurde uns bekanntgegeben, dass die Firma den Nachtzeitraum um eine Stunde (von 22 Uhr bis 5 Uhr) verschoben hat. Wir müssen nun ab Mitte des Jahres bereits um 5 Uhr mit der Frühschicht beginnen. Darf der Arbeitgeber den Nachtzeitraum beliebig verschieben, ohne die Betroffenen vorgängig zu informieren?

IGOR ZORIC: Nein, das ist nicht zulässig. Der Nachtzeitraum ist normalerweise von 23 bis 6 Uhr. Eine Verschiebung um maximal eine Stunde ist grundsätzlich möglich. Das heisst, auf 22 bis 5 Uhr oder auf 24 bis 7 Uhr. Aber: Die betroffenen Arbeitnehmenden müssen im vornherein darüber



NACHTSCHICHT: Verändert die Firma die Nachtzeiten, muss sie Sie vorgängig informieren. FOTO: ISTOCK

informiert werden und haben in Bezug auf die Verschiebung des Nachtzeitraums ein echtes Mitbestimmungsrecht. Ohne die gültige Zustimmung der Arbeitnehmendenvertretung oder, falls diese nicht besteht, der Mehrheit der betroffenen Arbeitnehmenden kann die Firma den Nachtzeitraum nicht verschieben. Zudem darf die Firma nicht von bestehenden Arbeitszeitbewilligungen abweichen und muss diese entweder für alle einsehbar aushängen oder im Intranet zugänglich machen. Wenden Sie sich im Zweifelsfall am besten an die Unia, um die Einzelheiten abzuklären.

Umkleidezeit: Ist eine bezahlte Pause als Ausgleich erlaubt?

Ich arbeite in einem Industriebetrieb, in dem wir obligatorische Sicherheits- und Schutzkleidung tragen müssen. Wir müssen uns vor Ort im Betrieb umziehen. Bisher galt diese Umkleidezeit nicht als Arbeitszeit. Nachdem die Arbeitnehmendenvertretung dies bei der Geschäftsleitung thematisiert hat, möchte nun die Geschäftsleitung die Umkleidezeit pauschal in Form einer bezahlten Pause abgelten, anstatt diese der Arbeitszeit anzurechnen. Ist dies so korrekt?

IGOR ZORIC: Nein. Dies lässt sich anhand der Definition des Begriffes Arbeitszeit erklären. Als Arbeitszeit gilt diejenige Zeit, in der man sich der Firma zur Verfügung zu halten hat. In Bezug auf die Umkleidezeit bedeutet dies: Sie gilt immer dann als Arbeitszeit, wenn es sich um einen obligatorischen Teil des Arbeitsprozesses am Arbeitsort handelt. Dazu gehören das Anziehen der persönlichen Schutzausrüstung, das Anziehen von Überkleidern oder steriler Arbeitskleidung oder das Durchschreiten einer Schleuse für Arbeiten in Reinräumen. Da es sich bei der Umkleidezeit in Ihrem Fall klar um Arbeitszeit handelt, kann Ihre Firma diese nicht als Pause deklarieren – auch wenn sie bezahlt ist. Übrigens lohnt es sich zu prüfen, ob Sie einen Anspruch auf Entschädigung der Umkleidezeit rückwirkend für die letzten 5 Jahre geltend machen können.

Pensionskasse und Vorsorgeausweis

Kassensturz: So steht's um

Die zweite Säule ist eine komplizierte Sache. Vieles regelt das Gesetz ausführlich. Doch zusätzlich kennt jede der 1600 Pensionskassen eigene Bestimmungen. Ein Blick durchs Dickicht – und auf Ihren Vorsorgeausweis.

MARTIN JAKOB

Fast 900 Milliarden Franken liegen bei Schweizer Pensionskassen auf der hohen Kante. 4,3 Millionen aktive Versicherte zahlen pro Jahr über 50 Milliarden Franken in die zweite Säule ein. 1,2 Millionen Menschen beziehen um die 38 Milliarden Franken Renten- und Kapitaleistungen jährlich. Und Sie? Ob Sie wollen oder nicht, zählen Sie ab einem gewissen Jahreseinkommen zum grossen Heer, das den Geldberg weiter wachsen lässt.

OBLIGATORISCHE GRUNDLAGEN

Ihre berufliche Alters- Hinterlasenen- und Invalidenvorsorge ist zum einen ein Sparkonto, auf das Sie ab Alter 25 und ab einer gewissen Einkommenshöhe regelmässig einzahlen. Bei Ihrer Pensionierung beziehen Sie aus dem angesam-

Das Alterssparen im BVG ist erst ab 25 obligatorisch.

melten Vermögen eine Rente, um neben der AHV ein zusätzliches Einkommen zu haben. Alternativ können Sie einen Viertel des Altersguthabens auch als Kapital beziehen und den Rest als Rente. Zum andern ist Ihre Pensionskasse eine Risikoversicherung. Gedeckt sind die Risiken Invalidität und Tod. Werden Sie arbeitsunfähig, erhalten Sie von der Pensionskasse eine Rente. Und falls Sie sterben, bekommen Ihre Hinterbliebenen eine Partner- und Kinderrente.

Die berufliche Vorsorge ergänzt seit 1985 obligatorisch die AHV. Im Gegensatz zur AHV überlässt der Bund die Durchführung

Personaldaten		
Name und Vorname	Muster Hans	
Geburtsdatum / Geschlecht	14.05.1959 / männlich	
Zivilstand	verheiratet	
Versicherungsbeginn / Beschäftigungsgrad	01.01.1998 / 100%	
Erreichen Terminalalter am	01.06.2024	
BVG-Anteil in CHF		
1 Lohndaten		
Gemeldetes Jahresgehalt		
Versichertes Jahresgehalt	51060.–	
2 Altersguthaben		
Altersguthaben am 1.1.2020	172430.–	
Projiziertes Altersguthaben inkl. Zins	227536.–	
3 Altersleistungen		
	projiziertes Altersguthaben	
Bei ordentlicher Pensionierung 1.6.2024	241371.–	
Bei vorzeitiger Pensionierung		
– im Alter 64 am 1.6.2023	227127.–	
– im Alter 63 am 1.6.2022	213163.–	
– im Alter 62 am 1.6.2021	199472.–	
– im Alter 61 am 1.6.2020	186049.–	
4 Todesfallleistungen		
	gemäss BVG in CHF	bei Krankheit in CHF
Jährliche Ehegatten-/Partnerrente	7908.–	12254.–
Jährliche Waisenrente	2636.–	4085.–
4 Invalidenleistungen		
		bei Krankheit in CHF
Jährliche Invalidenrente (Wartefrist 24 Mte.)	13180.–	25530.–
Jährliche Invaliden-Kinderrente (Wartefrist 24 Mte.)	2636.–	4085.–
5 Finanzierung		
	Beitrag Arbeitnehmer	Beitrag Arbeitgeber
Sparen/Altersgutschrift	4851.–	4851.–
Risikoprämien	1829.–	1829.–
Teuerungsprämie	26.–	26.–
Jahresbeitrag Sicherheitsfonds	27.–	27.–
Total	6733.–	6733.–
Pro Monat	561.–	561.–
Weitere Informationen		
Maximale reglementarische Einkaufssumme		
6 Berechnungsgrundlagen		
		BVG
Umwandlungssätze bei ordentlicher Pensionierung	6,8%	
Verzinsung des Altersguthabens	1,0%	

der Vorsorge freien Stiftungen. Das Gesetz definiert die Mindestanforderungen: ● Alle Einkommen ab 21 330 Franken bis zur Höhe von 85 320 Franken müssen versichert sein (1).

● Zu versichern ist der sogenannte «koordinierte Lohn»: Das ist der Bruttolohn abzüglich des Koordinationsabzugs von 24885 Franken. Wer mehr als 21 330 Franken, aber weniger als 24885

Franken verdient, dessen versicherter Lohn wird mit 3555 Franken veranschlagt. ● Die Sparquote zur Äufnung des Altersguthabens (2) steigt mit zunehmendem Alter in mehreren



VON AMTES WEGEN: Abläufe und Termine im Steuerverfahren sind strikt geregelt. Wer Fristen nicht einhält, handelt sich Nachteile ein. FOTO: KEYSTONE

Steuererklärung: An diese Fristen Die Steuermühlen

Die Prozedur ist lästig, aber unausweichlich. Jedes Jahr bittet der Staat Sie zur Kasse. Und sagt Ihnen, was er zu welchem Termin von Ihnen erwartet.

MARTIN JAKOB

Verdrängen hilft nicht. Die Steuerbehörden kennen kein Pardon, wenn Sie Termine nicht einhalten. Beachten Sie deshalb die gesetzten Fristen:

STEUERERKLÄRUNG. Man kann es als Privileg auffassen, seine finanziellen Verhältnisse selber deklarieren zu dürfen, aber auch als Zumutung. Schliesslich ist das Sammeln der Belege und das Ausfüllen des Formulars auch mit Arbeit verbunden. Nutzen Sie dafür die Online-Hilfsmittel Ihres Kantons, die sind

praktisch und helfen dabei, wichtige Abzüge nicht zu vergessen. So oder so: Die Einreichung der Steuererklärung ist nun mal Pflicht. In der Regel haben Sie dafür bis Ende März Zeit. Ist für Sie absehbar, dass Sie es innert dieser Frist nicht schaffen, beantragen Sie eine Verlängerung. Je nach Kanton gelten unterschiedliche maximale Fristen. Immer gilt: das Gesuch vor Ablauf der offiziellen Frist einreichen! (Übersicht über die Regeln in den Kantonen: **rebrand.ly/fristverlaengerung**) Haben Sie die offizielle oder die beantragte längere Frist verpasst, müssen Sie unter Umständen mit einer kostenpflichtigen Mahnung rechnen, lassen Sie auch die Mahnfrist verstreichen, kann es eine Busse absetzen – und eine Ein-

workrätsel Gewinnen Sie eine Hotel-Übernachtung!



Gewinnen Sie eine Übernachtung mit Frühstücksbuffet für zwei Personen im See- und Seminarhotel Flora Alpina Vitznau LU mit einzigartigem Panoramablick über den Vierwaldstättersee.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 1
Das Lösungswort lautete: LOHNSCHUTZ

	O	M			S	R				A	G				L			
	B	E	R	N	I	N	A			B	L	O	C	H	E	R	S	E
	E	G		A	O	P	T	I	S	C	H	B	A	I	S			
	R	A	S	T	L	O	S		E	K		T	O	E	L	Z		
S	A	N	T	O	K			A	N	R	E	C	H	T	B	S		
	R	O		G	E	B	U	E	H	R		I	Z	E	I	T		
	Z	A	E	S	U	R		L	O		V	E	R	E	I	N	A	
S	T	U	R		G		L	E	I	N	O	E	L	N	F	H		
		T		L	E	G	E	N	D	E		G		B	I	B	E	L
		H	O	T	E	L	S		E	K		A	R	A	T		R	
G	A	R		N	T	E	T	A	N	U	S		N	G	N	U		
	E		S	K	U	R	R	I	L		W		M	A	C	R	O	N
	H	I	O	B		A		G		G	A	B	U	N	A		A	
	N		F	A	L	K	N	E	R	E	I	T	E	S	T	E	R	
R	E	P	A	R	A	T	U	R		S	T	E	I	N	Z	E	I	T

DEN PREIS, eine Hotelübernachtung im Hotel Belvedere in Grindelwald BE, hat gewonnen: Hansjörg Moser, Burgdorf BE. Herzlichen Glückwunsch!

Strom-schnelle	↘	↘	bunte Tanz-show	span. Gruss-wort	zu er-fassen, men-surabel	↘	↘	Wasser-vogel	männl. Rind	Autokz. Kanton Tessin	Fluss in Grenoble	↘	öffentl. Funk-tion	↘	Wind d. Stärke 12	US-Schau-spieler † (Gary)	tschech. Refor-mator † (Jan)	Abk.: Tisch-tennis
ausstos-sen, ver-bannen	→							Aus-länder-...	→						8			
ugs.: Fern-sehen	→		landwirt-schaftl. Gebäude		Kom-parse	→			10				Hieb- u. Stoss-waffe		un-modern	→		
Elite, Se-lektion	→							west-afrikan. Staat		Adlige im alten Peru		Dort fand das WEF statt	→	1				ital. Schau-spielerin (Sophia)
↖					flach positi-o-nieren		unsicher machen, ver-stören	→							Nieder-schlag		grosse Früchte	
Klima-Aktivis-tin: ... Thunberg		nach oben		Stras-sen-lampe	→							Un-sport-lich-keiten		ital. Winter-kurort: San ...	→			
unterird. Lager-raum	→						Abstell-raum, Waren-depot		Geld-strafe			Auch R. ... spürt den Greta - Effekt	→			2		
↖				Hypo-these		Mittel-meer-anrainer-staat	→							ital.: Basel		frz. Artikel	→	
Forma-tierungs-sprache		Zusam-men-bruch, Debakel		Wund-starr-krampf	→						... obscura		zement-artiger Baustoff	→				12
Haar-trockner	→					schweiz. Zirkus		sehr starker Wind		drogen-unab-hängig (engl.)	→					oberste Dach-kante		unrund rollen, wackeln
↖			abge-holt		Orato-rium v. Händel †: Der ...	→							ehem. Bundes-rätin ... Dreifuss		Mär-chen-gestalt	→		
eh. russ. Raum-station		altröm. Militär-einheit	→							kleinster Teil der Wortbe-deutung		Badort an der it. Adria	→					
Augen-krank-heit	→				Nasal-laut		Nach-folgenin der EG		Haupt-stadt v. Süd-korea	→					Internet-kürzel Öster-reich		Abk.: Erst-ausgabe	
Gesamt-heit der Lehr-erschaft		danach, hierauf	→									Anreis-ser (Text od. Bild)	→	7				
↖									Stadt-teil von New York	→								

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 7. Februar 2020

INSERAT

Industrie-Frauenkonferenz

Montag, 10. Februar, 9.00 – 15.00 Uhr, inkl. Mittagessen
Unia Zentralsekretariat, Weltpoststrasse 20, Bern

Gemeinsam kämpfen wir für
echte Gleichstellung und Lohnungleichheit
in den Betrieben!

Neu müssen Unternehmen mit mehr als 100 Angestellten Lohnvergleichsanalysen durchführen. Wir diskutieren die Umsetzung in den Betrieben sowie die Rolle der Betriebskommissionen und der Gewerkschaft Unia.



Mehr Infos und Anmeldung bis 5. Februar: industrie@unia.ch

UNIA



Filigrane Schönheit

WANN 16. Januar 2020
WO Häutligenwald BE
WAS Eiskristalle an einem Tannenstamm
Eingesandt von Ruth Krähenbühl, Konolfingen BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie **100 Franken!** Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, **Betreff** «Leserfoto»

workquiz



Wie gut sind Sie?

- 1. USA I:**
Wie entwickelten sich die Investitionen in den USA im 3. Quartal 2019?
a) Sie stiegen um 6 Prozent?
b) Sie stiegen um 16 Prozent?
c) Sie stiegen um 26 Prozent?
d) Sie sanken um 0,6 Prozent?
- 2. USA II:**
Wie entwickelte sich der mittlere Lohn für Vollzeitarbeitende im Vergleich zu vor 40 Jahren?
a) Er stieg um 3 Prozent?
b) Er stieg um 30 Prozent?
c) Er stieg um 300 Prozent?
d) Er sank um 3 Prozent?
- 3. USA III:**
Wie behandelt Donald Trump die Armen?
a) Er gibt ihnen Essensgutscheine?
b) Er gibt ihnen Arztgutscheine?
c) Er gibt ihnen Einkaufsgutscheine?
d) Er nimmt ihnen Essensgutscheine?
- 4. USA IV:**
Wie reagierten die Manager und Politikerinnen am WEF auf Trumps Rede?
a) Sie piffen ihn aus?
b) Sie lachten ihn aus?
c) Sie warfen sich vor ihm auf den Bauch?
d) Sie klatschten laut und lang?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!



FOTO: ISTOCK

Lösungen: 4d; 3d; 2d; 1d

WORKPOST



WORK 1 / 17.1.2020: «DIE MIETEN SIND 40 PROZENT ZU HOCH: SO KANN ES NICHT WEITERGEHEN!»

Angstmache und ein Hohn

Das Bundes-Abstimmungsbüchlein schreibt auf Seite 5: «Für Bundesrat und Parlament ist klar: Es gibt ausreichend Mietwohnungen zu tragbaren Preisen.» Und weiter: «Die bisherige Wohnraumförderung hat sich bewährt.» Wie bitte? Gibt es keine Mietpreissnot in Städten und Gemeinden bis weit hinaus in Agglo-gürtel, in landschaftlich privilegierte oder touristische Gebiete? Nehmen nicht gerade darum Hunderttau-sende von Pendlern täglich lange, zeitraubende Fahrten in Kauf? Sich selbst lobend, lehnen Bundesrat und die Mehrheit des Parlaments die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» ab. Was aber viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger – trotz einsetzender Angst-mache – alles andere als glaub-würdig, sondern eher als Hohn emp-finden. Was verlangt die Initiative

des Mieterverbandes? «Dass gesamt-schweizerisch (und nicht in jeder Gemeinde, wie das die Gegner tat-sachenwidrig behaupten) mindestens 10 Prozent der neu gebauten Woh-nungen im Eigentum dieser Träger (d.h. des gemeinnützigen Wohnbaus) sind.» Das sei zu starr, führe zu massiven Fehlinvestitionen oder gar zur Verstaatlichung – so die Gegner –, obwohl es um nur rund 10 Prozent geht!

KARL GMÜNDER, HORGEN ZH

Doppelt abgezockt

Der Wohnungsmarkt ist krank. Und besonders krank ist, dass die Arbei-tenden über ihre stetig wachsenden Pensionskassenabzüge auch noch die Renditeliegenschaften der Ver-sicherungen und Anlagefonds bezah-len müssen. Und dann gleich ein zweites Mal von diesen abgezockt werden – mit immer höheren Mieten.

ISABELLE SCHENKER, PER MAIL

Denen, die darin wohnen

Niemand kann sich aussuchen, ob er wohnen will oder nicht. Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Und mit Grund-bedürfnissen dürfte eigentlich nicht gespielt werden. Doch im Kapitalis-mus wird alles einer Profitlogik unterworfen. Darum werden die Reichen immer reicher und immer mehr Menschen immer ärmer. Die nicht im geringsten radikale Woh-nunginitiative des Mieterinnenver-bandes ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Häuser sollten jenen gehören, die darin wohnen.

MARIE-ANN BERGER, PER MAIL

WORK 1 / 17.1.2020: DER DOPPELZÜNGIGE «DAVOS MAN» Schwabs nicht so neue Idee

Die Schwabschen Empfehlungen sind nicht neu. Der legendäre Unter-nehmensberater und Autor Peter F. Drucker, US-amerikanischer Öko-nom österreichischer Herkunft (* 19. November 1909 in Wien; † 11. November 2005 in Claremont, Kalifornien) befasste sich in seinem Buch «Die Praxis des Managements» auch mit der Frage, was für Ziele eine Unternehmung verfolgen sollte. Die erste Pflicht sei, am Leben zu blei-ben. Auch zu den sozialen Kosten der Gesellschaft habe das Unternehmen beizutragen. Das bedeute, dass es genug verdienen müsse, um Steuern zahlen zu können. Die nachfolgen-den Manager haben diese Erkenntnis offenbar aus den Augen verloren, und Herr Schwab hat sie jetzt gewis-sermassen wieder entdeckt. Ob er

damit bei den WEF-Teilnehmenden auf ein positives Echo stösst, muss sich noch weisen.

WILLI AERNE, STAAD SG

WORK 1 / 17.1.2020: RECHTE POLITIK MACHT MENSCHEN ARM

Der rechte Wille fehlt

Politiker von rechts haben überhaupt kein Interesse daran, unsere Sozial-werke zu sanieren. Im Gegenteil, es geht ihnen vor allem darum, diese zu schwächen und letztlich den Staat auszuhöhlen. Dabei wäre es ein Leichtes, unsere Sozialwerke wieder auf Vordermann zu bringen: Mit einer teilweisen oder ganzen Strei-chung des Kampfflugzeug-Kredits oder einem Teil der Nationalbank-gelder oder einem Teil des Bundes-gewinnes 2019. Die Beispiele lassen sich beliebig vorführen, aber eben: Es fehlt der Wille bei den Rechtsbürger-lichen, den «richtigen» Schweizerin-nen und Schweizern.

EDUARD MINDER, STECKBORN TG

WORK 1 / 17.1.2020: WER STOPPT BRANDSTIFTER TRUMP?

Pulverfass

In jeder work-Zeitung wird über Trump geschrieben. Denken Sie, es habe je bessere Präsidenten gegeben? Wir sitzen doch schon seit Jahren auf dem Pulverfass Iran/Irak. Von den wirklichen Verbrechern hört man viel zu wenig: Asad, Putin und noch viele mehr. Und glauben Sie mir, auch viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben Angst vor dem islamistischen Terror.

ERICH MOSER, PER MAIL

WORK 1 / 17.1.2020: FLÜCHTLINGS-LAGER SIND DIE SCHANDE EUROPAS

Leider nicht nur in Europa

Was Herr Ziegler beschreibt, passiert übrigens nicht nur in Europa, auch an der Grenze zu den USA (in Mexiko) warten Tausende Migrantin-nen und Migranten auf die Einreise in die USA oder auf die Durchreise, um nach Kanada zu gelangen. Unter ebenso menschenunwürdigen Bedin-gungen. Die meisten schaffen es gar nicht erst durch Mexiko, soll heissen, sie fallen vorher irgendeinem Dro-genkartell zum Opfer und verschwin-den auf Nimmerwiedersehen von der Bildfläche, auch und gerade Minder-jährige. Es ist wahrhaftig eine Schande, die ihresgleichen sucht.

ALFRED LANZ, VIA WWW.WORKZEITUNG.CH

WORKKORREKT

WORK 1 / 17.1.2020: ENDLICH: REALLÖHNE STEIGEN FÜR VIELE WIEDER

Lohnabschlüsse

Bei der Lohntabelle haben sich zwei Fehler eingeschlichen. Richtig ist bei **Novartis**: Löhne total: 1,2%, Löhne generell: 0,7%, Löhne individuell: 0,5%. Und bei **Reinigung Deutschschweiz**: Mindestlöhne: CHF 0.40 bis 0.70 pro Stunde.

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interes-sieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an **work Redaktion** Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern

ELIO LI VOTI
PIZZAIOLO
Nach der Wirtschaftsmatur in Italien führte Elio Li Voti sieben Jahre lang eine Pizzeria im norditalienischen Vicenza. Der Sohn einer Liberianerin und eines Italieners jobbte später als Flyer-Verteiler und als Vertreter für Tiefkühllebensmittel. «Ich ging von Tür zu Tür und habe die Leute bequatscht.» 2013 kam er in die Schweiz und wohnt seither im Tal von Saint-Imier im Berner Jura. Für sein 95-Prozent-Pensum zahlt ihm Securitas einen Lohn von gut 5200 Franken brutto. Ein Traumberuf sei die Sicherheitsbranche nicht gewesen, aber «die vernünftigste Arbeit, die ich finden konnte». Und wenn schon, dann will er sie richtig machen. Als erstes machte er den eidgenössischen Fachausweis. Jetzt gerade besucht er neben der Arbeit eine Weiterbildung zu Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz. Nächstes Jahr will er dann einen Intensiv-Deutschkurs machen.

JURA-JOGGING. Nach Hobbies gefragt, sagt der Familienvater wie aus der Pistole geschossen: «Die Unia.» Er ist im Zentralvorstand der Unia, als Vertreter der IG Migration, zudem Co-Präsident der Branche Sicherheit. Daneben joggt er gerne die Juraberge rauf und runter und betrieb Kampf- und Boxsport – bis ihn eine Verletzung zur Pause zwang: «Eigentlich müsste ich jetzt wieder anfangen...»



Securitas-Wächter **Elio Li Voti** (44) weiss nie, was ihn erwartet

«Innert Sekunden muss ich richtig reagieren»

Securitas-Mann Elio Li Voti patrouilliert und kontrolliert. Immer nachts, immer alleine. Meist ist alles ruhig – doch plötzlich: ein Schrei...

CHRISTIAN EGG | FOTOS MATTHIAS LUGGEN
Seine Hauptarbeit sei es, «Türen zu verriegeln», sagt Elio Li Voti und grinst. Er weiss: Das tönt unspektakulär und ist es auch. «Man kann in dem Job sechs Monate lang Routine haben, stinklangweilig. Und plötzlich passiert etwas.»
So wie an jenem Abend im vergangenen Winter. Es ist kurz nach 22 Uhr. Li Voti patrouilliert in der Gemeinde Saint-Imier

im Berner Jura. Da hört er laute Schreie, schaut nach, und sieht einen Mann, der Schneebälle gegen ein Verwaltungsgebäude der Stadt wirft. Just in dem Moment öffnet sich die Tür, und eine Gruppe Menschen tritt heraus, darunter ein bekannter Lokalpolitiker. Li Voti: «Da zückt der Schneeballwerfer ein Taschenmesser und bedroht die Gruppe.»
Sofort geht Li Voti dazwischen, spricht mit dem Mann, beruhigt ihn. Dann bringt er die Gruppe wieder zurück ins Gebäude, in Sicherheit. Und geht zurück zum Unruhestifter. Schliesslich geht dieser weg, macht aber immer noch einen aufgebrach-

ten Eindruck. Li Voti ruft die Polizei, diese kann den Angreifer kurz darauf festnehmen. Niemand wird verletzt, dank der Intervention des Securitas-Mannes.
FIT UND STARK. Innerhalb von Sekunden müsse man richtig reagieren können, sagt Unia-Mitglied Li Voti. Das stelle hohe Anforderungen: Selbstdisziplin und Wachsamkeit seien die wichtigsten Fähigkeiten eines Sicherheitsmitarbeiters. Dazu Widerstandskraft, psychisch und körperlich. Li Voti arbeitet nur nachts, jeweils ab etwa acht Uhr abends bis morgens um sechs. Und immer alleine. «Sowohl an die Nacht-



IMMER WACHSAM: Pro Schicht kontrolliert Securitas-Mann Elio Li Voti 20 bis 30 Gebäude. Er ist immer alleine und immer nachts unterwegs.

arbeit und ans Alleinsein habe ich mich gewöhnt», sagt er. Auch an den Umgang mit Stress. Etwa, wenn ein Alarm losgeht und er nachschauen muss. «Ich weiss nie, was mich erwartet.» Schon nur die Alarmsirene, über 85 Dezibel laut, lasse den Puls höherschlagen. Deshalb stellt er sie ab, sobald er kann. Wenn er dagegen Hinweise auf einen Einbruch feststellt, alarmiert der Familienvater die Polizei: «Dann spiele ich nicht den Helden. Die erste Priorität ist mein eigenes Leben.»

PRÄVENTION. Seine Patrouillen im öffentlichen Raum, im Auftrag der Gemeinden, dienen hauptsächlich der Prävention, sagt er. Die Leute sollen ihn sehen. Und er lässt sie wissen, dass er sie sieht. Der andere Teil seiner Arbeit sind Kontrollen bei Firmen. Eben: ob alle Türen und Fenster verschlossen sind. Zwischen 20 und 30 Gebäude überwacht er so jede Nacht.
Nachtarbeit ist die Regel in der Sicherheitsbranche. Dafür gibt's laut Gesamtarbeitsvertrag (GAV) zehn Prozent Zuschlag. «Zu wenig», sagt Li Voti und verzieht das Gesicht. «Wir müssten fünfmal so viele Gewerkschaftsmitglieder sein in der Branche wie heute», sagt er, «dann hätten wir einen viel besseren GAV.» An ihm soll's nicht liegen: Wo er kann, motiviert er Leute, der Unia beizutreten. Egal, ob unter Berufskollegen oder im Fitnesscenter. Oft habe er Erfolg, sagt er und schmunzelt: «Schliesslich war ich mal Verkäufer» (siehe Spalte links).

SKRUPELLOSE CHEFS. Beim GAV weiss er, wovon er spricht. Schliesslich hat er ihn selber mitverhandelt – als Basisvertreter in der Unia-Delegation. Er weiss auch: Der GAV hat noch viele Lücken. So ist er nur für Betriebe verbindlich, die 10 oder mehr Personen beschäftigen. Das nützen skrupellose Firmenchefs aus, sagt Li Voti. Sie hätten nur eine Handvoll Festangestellte. «Wenn ein grosser Auftrag bevorsteht, bieten sie massenweise Aushilfen auf, oft per SMS.» Und zu einem schlechten Lohn. Eine unfaire Konkurrenz für die Firmen, die korrekte Löhne zahlen. Für Li Voti ist darum klar: Es braucht viel mehr Kontrollen, gerade bei kleinen Firmen. «Sonst bleiben wir eine Branche, in der Lohndumping grassiert.»

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.
work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch
Internet www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianeegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadinciau@workzeitung.ch; **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 83 058 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.